

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

18.8.1923 (No. 187)

Badischer Beobachter

eingesetzt (siehe beiliegend)
 Nr. 186-31: In Karlsruhe durch
 Zähler 2.420.000, in d. Abtheilung
 (Deutschland) 2.410.000, in d. Abtheilung
 Ausland durch 204 oder 212
 000. Der Einzelverkauf kostet
 20 Pfennig pro Bl. 50.000.—

Abgabepreis:
 1 halbes, 1 monat, 10.000.—, 3
 monatlich 30.000.—, 6 monatlich
 60.000.—, 12 monatlich 120.000.—
 im Voraus zu bezahlen. Bei
 Abrechnung zum Nachhinein, der bei
 unregelmäßiger Bezahlung und bei
 Kontourwechsel.

Verleger: Verlagsanstalt „Badenia“ (Wilhelm Johner, Direktor),
 Kgl. Hofbuchdruckerei „Badenia“ Altb. Karlstraße, Nr. 42.
 Druckort: Karlsruhe. Verlagsort: Karlsruhe 1844.
 Erscheint wöchentlich einmal täglich. — Preis: 20 Pfennig für den Einzelverkauf
 und „Badenianer“ — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch
 auf Vervielfältigung der Zeitung oder auf Vervielfältigung des Bezugspreises.
 Inhalt der Zeitung: 1. Jahrgang: 1923. Nr. 187. 1. August 1923.

Vom Tage.

Die Verkehrsperre zwischen beständig und unbefestigt
 Gebiet ist bis 15. September verlängert.
 Als Gründe für die Verlängerung der Verkehrsperre
 werden die Mangel an Düngemittel, Eisen und
 Dornen angeführt.
 Im Ruhrgebiet sind alle Verwaltungen wieder zur
 Arbeit angefahren. Die kommunalistische General-
 freisprengung ist gescheitert.
 In Dortmund machen die Franzosen die Besen-
 direktoren persönlich für die verlangten Kohlenlieferun-
 gen verantwortlich; andernfalls würden Vermögens-
 beschlagnahmen erfolgen.
 Der sächsische Ministerpräsident Dr. Beizer be-
 sprach sich gestern mit Reichsfinanzminister Dr. Stresemann.
 Die belgische Antwort an England ist noch nicht
 fertiggestellt. Die französische sollte gestern abend
 dem Brüsseler Kabinett zur Kenntnisnahme über-
 mittelt werden.
 Die Interparlamentarische Konferenz in Kopen-
 hagen ist abgeschlossen. Reparations- und Winder-
 heitenfragen standen auf der Tagesordnung des ge-
 sternigen letzten Verhandlungstages.
 Nach einer Sabasmeldung aus Athen ist dort ein
 großes deutsches Schwimmbad eingetroffen, das
 Deutschland als Reparationsleistung geliefert hat.
 Die spanische Presse tritt einstimmig für eine ener-
 gische Haltung der Regierung gegen Frankreich in
 der Frage der Weizenzölle ein und empfindet un-
 genutzte Logen der Abwehr der Handelsbeziehungen.
 Aus Washington wird gemeldet, daß die Ratifi-
 kation des Washingtoner Abkommens
 mens nuncur in Washington ausgeteilt worden ist.
 Das Abkommen tritt unverzüglich in Kraft.
 In Yuzurua und Fergana hat ein neuer moham-
 medanischer Bauernaufstand gegen Sowjetrußland
 eingesetzt.

Die große Koalition.

Die große Koalition, von deren politischer Not-
 wendigkeit eigentlich jeder einseitige Mensch seit
 Monaten überzeugt war, ist nun gekommen, und
 zwar wird sie geführt von einem Mann, dessen Prä-
 sident nicht immer zu den Anhängern dieses Gedan-
 kens gehört hatte.
 Die „Große Koalition“ heißt die Einheit, daß die
 ungeheuren Reparationslasten, die der Versailler
 Vertrag uns zwangsläufig auferlegt hat, nicht von
 den Schultern einer Partei allein, sondern von
 der Volksgemeinschaft getragen werden müssen; sie
 heißt: Unterordnung der offiziellen Reparations-
 politik durch eine möglichst umfassende Mehrheit der
 Volkswirtschaft. Die Politik des Reichsfinanz-
 Ministers Dr. Wirth hatte zielbewußt auf die Realisierung
 des Gedankens hingetrieben. Trotzdem ist er an der
 Bildung der großen Koalition gescheitert und zwar
 in der Hauptache deshalb, weil die Erkenntnis der
 Notwendigkeit dieser Kombination noch nicht Ge-
 meingut in der Betracht kommenden Parteien im
 Reichstag geworden war. Wirth hat die große Koalition
 gewollt, weil er neben den breiten Schichten der
 Wirtschaft an den schwerbelasteten Reichsbeamten
 spannen wollte. Die Gründe des Scheiterns lagen
 einmal in der Person Wirths selbst, das will heißen:
 in der Stellung, die die Parteien, auf die es damals
 ankam (die Deutsche Volkspartei und die Sozial-
 demokraten) der Person Wirths gegenüber einnahm.
 Die Deutsche Volkspartei stieß sich an der Per-
 son Wirths, weil sie keine Reparationspolitik seiner-
 zeit noch nicht verstanden hatte. Für die Sozial-
 demokraten war Dr. Wirth allmählich etwas zu
 selbstherrlich geworden, außerdem waren parteipoli-
 tische Mischungen für sie maßgebend, die darin be-
 standen, daß sie sich für nach der Vereinigung mit der
 Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ihr
 neues Parteigebilde noch nicht für kräftig genug
 hielten, um mit der Deutschen Volkspartei an einem
 Tische zu sitzen. Des weiteren waren sie insofern
 nicht mit dem Kurse der Wirthschen Außenpolitik
 einverstanden, als sie die Außenpolitik des Kanzlers
 nicht mitmachen zu können glaubten, von der sie
 annahmen, daß sie den kommunistischen Partei-
 zwecken dienlich sein könnte.
 Die Deutsche Volkspartei hat sich bei der Reubil-
 dung des Kabinetts im Dezember immer den An-
 schein gegeben, als wäre sie mit der Bildung der
 großen Koalition einverstanden; sie verlangte jedoch,
 als Partei daran beteiligt zu sein, und nicht nur
 durch Minister, die auf vorkommende Vorfälle
 sehen, wie es die Sozialdemokratie gewünscht hatte.
 In Wirklichkeit hätte wohl die Deutsche Volkspartei
 eine Koalition ohne die Vereinigte Sozialdemokratie
 lieber gesehen; das beweisen die persönlichen Ver-
 weisungen, die der Abg. Veder-Sellen, der frü-
 here Wirtschaftsminister, damals an die Sozialdemo-
 kratie richtete.
 Als dritter Grund des Scheiterns einer großen
 Koalition unter Wirth ist eine gewisse Unrichtig-
 keit anzusehen, die aber heute noch nicht ganz
 aufgeklärt ist, und über die wir uns deshalb an
 dieser Stelle nicht verbreiten möchten. Wir er-
 innern nur daran, daß die Außenpolitik mit der
 Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin
 unter der Führung Barthous ihren Anfang nahm;
 es hat damals die französische Presse durch eine
 höchst eigenartige Taktik zum Sturz der Regierung
 Wirth nicht unwesentlich beigetragen. Es ist schon
 erwähnt worden, daß der heutige Reichsfinanzminister
 Dr. Stresemann damals der Wortführer seiner Partei

Der Freiburger Friedenskongress.

Ein Rückblick.
 Während in der Zeit vom 4.-10. August in Frei-
 burg der 3. internationale demokratische Kongress
 für den Frieden tagte, wurde am zweitägigen Tag
 bekannt, daß die „internationale“ Rheinlandkom-
 mission — d. h. Frankreich — wieder einmal die Sperre
 zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ver-
 hängt hatte. Nur auf acht Tage, hieß es; aber man
 ist in den Gewohnheiten jenes Frankreich, das zur
 Zeit die Welt durch sein unerhörtes Gewaltregiment
 in Atem hält, erfahren genug, um sich nicht gar zu
 sehr zu wundern, wenn jetzt nach Umlauf der acht
 Tage der Willkür der Sperre auf unbestimmte
 Zeit verlängert wird. Das vom Militarismus und
 allen Gewaltinstinkten des Kapitalismus beherrschte
 Frankreich hat die Macht, das wehrlose deutsche
 Volk zu plagen und zu ärgern, also zu dieses Frank-
 reich, was es will, ohne sich über die verächtliche
 Feigheit solchen Tuns irgend welche Rechenschaft zu
 geben.
 Verfällt aber — so wird sich wohl mancher fragen
 — der Freiburger Friedenskongress, der von einem
 einer anderen Nation angehörenden Delegierten in
 der Hauptstadt eines deutsch-französischer Kongress
 bezeichnet wurde, durch die französische Praxis nicht
 der Lächerlichkeit? Ist es nicht ein Spott und Hohn
 auf alle Friedensbemühungen, wenn Frankreich mit-
 ten in solchen Bemühungen um eine Verständigung

Interparlamentarische Konferenz.

Kopenhagen, 16. August. Der von der Telegraphen-
 Union nach Kopenhagen entsandte Londoner Berichterstatter
 meldet über die Gründung der interparlamentarischen
 Konferenz:
 Die interparlamentarische Konferenz
 wurde gestern eröffnet. Vertreter sind sämtliche der
 interparlamentarischen Union angehörenden Länder mit
 Ausnahme Griechenlands und der Türkei. Als erster
 Punkt der Tagesordnung kam die Frage der parlamentarischen
 Kontrolle in der auswärtigen Politik zur Sprache.
 Der Vertreter Oesterreichs, Dr. Mataja, brachte in die-
 sem Punkt einen Antrag ein, daß die Frage von einem
 juristischen Ausschuss genau untersucht werden soll, ehe ein
 Beschluß gefaßt wird. Als zweiter Punkt stand die Frage
 der Konfessionsmandate, wie sie durch den Völkervertrag
 geregelt werden, und als dritter Punkt das Ver-
 ständigungsprogramm zur Verhandlung. In diesen beiden
 Punkten kamen deutsche Redner zum Wort und ihr Ein-
 greifen gestaltete sich zum Ereignis der Tagung. Der
 deutsche Abg. Gothein protestierte mit unverblümter
 Schärfe gegen die Ausschließung Deutschlands von der
 Ausübung der Konfessionsmandate. Er erklärte, daß
 die deutsche Kolonialpolitik sowohl kulturell wie hygienisch
 größere Erfolge erzielt habe als die Kolonialpolitik
 irgend eines anderen Landes und daß es ein Unrecht sei,
 Deutschland von der Kolonialverwaltung auszuschließen.
 In der Abkürzungsfrage wurden Anträge von
 Dänemark und England eingebracht. Ein englischer Dele-
 gierter forderte die Einsetzung einer interparlamentarischen
 Kommission, die nicht nur in theoretischer Form die
 Grundzüge der Abstimmungsbeschränkungen formuliere, sondern
 auch die augenblickliche Lage, namentlich auch die Lage in
 der Rheinprovinz studieren solle. Als Vertreter Deutsch-
 lands lenkte bei dieser Gelegenheit Professor Dr. Duidde
 in einer sehr temperamentsvollen Improvisation die Auf-
 merksamkeit des Kongresses auf die Lage in Rußland
 ab. Der Kongress dürfe an den dortigen Vorkämen
 nicht achtlos vorbeiziehen, sondern solle die Gewaltpolitik,
 die dort herrsche, verurteilen. Er behaupte, daß von fran-
 zösischer und belgischer Seite nur eine verschwindend ge-
 ringe Anzahl von Vertretern an den Verhandlungen teil-
 nehme, da auf diese Weise jeder Versuch einer direkten Aus-
 sprache zwischen den deutschen und französischen Teilneh-
 mern hinfällig werde.
 Im übrigen kann den weiteren Verhandlungen des
 Kongresses mit größtem Interesse entgegengesehen werden.
 Die Vertretung Deutschlands ist sehr zahlreich. Die deut-
 schen Delegierten, unter denen sich der frühere Reichs-
 zentralrat, sowie Eduard Bernstein und Dr.
 Hoehrich befinden, wurden von allen Seiten stark in An-
 spruch genommen und um Ausführungen über die Lage in
 Deutschland gebeten. Ed. Bernstein und Gothein haben
 Presse-Interviews gegeben, in denen sie ihr Vertrauen zu
 der neuen Regierung und der politischen Stabilität
 Deutschlands zum Ausdruck brachten.
 Die interparlamentarische Konferenz. — Ein Appell
 an Amerika.
 Kopenhagen, 17. August. Auf der interparlamentarischen
 Konferenz hielt der deutsche Reichstagspräsident
 Loebe eine Rede, in der er folgendes sagte:
 „Europa ist heute geistig und moralisch so niedergedrückt,
 daß nur noch die Vereinigten Staaten
 ihm helfen können und um der ganzen Welt
 willen auch helfen müssen. Nur auf diese Weise können
 wir uns noch retten. Die Vereinigten Staaten sind das
 einzige Land, wo man keinen Revanchegedanken findet.
 Sie müssen uns unterstützen in dem Bestreben, in der
 Reparationsfrage eine unparteiliche in-

Die große Koalition.

Die große Koalition, von deren politischer Not-
 wendigkeit eigentlich jeder einseitige Mensch seit
 Monaten überzeugt war, ist nun gekommen, und
 zwar wird sie geführt von einem Mann, dessen Prä-
 sident nicht immer zu den Anhängern dieses Gedan-
 kens gehört hatte.
 Die „Große Koalition“ heißt die Einheit, daß die
 ungeheuren Reparationslasten, die der Versailler
 Vertrag uns zwangsläufig auferlegt hat, nicht von
 den Schultern einer Partei allein, sondern von
 der Volksgemeinschaft getragen werden müssen; sie
 heißt: Unterordnung der offiziellen Reparations-
 politik durch eine möglichst umfassende Mehrheit der
 Volkswirtschaft. Die Politik des Reichsfinanz-
 Ministers Dr. Wirth hatte zielbewußt auf die Realisierung
 des Gedankens hingetrieben. Trotzdem ist er an der
 Bildung der großen Koalition gescheitert und zwar
 in der Hauptache deshalb, weil die Erkenntnis der
 Notwendigkeit dieser Kombination noch nicht Ge-
 meingut in der Betracht kommenden Parteien im
 Reichstag geworden war. Wirth hat die große Koalition
 gewollt, weil er neben den breiten Schichten der
 Wirtschaft an den schwerbelasteten Reichsbeamten
 spannen wollte. Die Gründe des Scheiterns lagen
 einmal in der Person Wirths selbst, das will heißen:
 in der Stellung, die die Parteien, auf die es damals
 ankam (die Deutsche Volkspartei und die Sozial-
 demokraten) der Person Wirths gegenüber einnahm.
 Die Deutsche Volkspartei stieß sich an der Per-
 son Wirths, weil sie keine Reparationspolitik seiner-
 zeit noch nicht verstanden hatte. Für die Sozial-
 demokraten war Dr. Wirth allmählich etwas zu
 selbstherrlich geworden, außerdem waren parteipoli-
 tische Mischungen für sie maßgebend, die darin be-
 standen, daß sie sich für nach der Vereinigung mit der
 Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ihr
 neues Parteigebilde noch nicht für kräftig genug
 hielten, um mit der Deutschen Volkspartei an einem
 Tische zu sitzen. Des weiteren waren sie insofern
 nicht mit dem Kurse der Wirthschen Außenpolitik
 einverstanden, als sie die Außenpolitik des Kanzlers
 nicht mitmachen zu können glaubten, von der sie
 annahmen, daß sie den kommunistischen Partei-
 zwecken dienlich sein könnte.
 Die Deutsche Volkspartei hat sich bei der Reubil-
 dung des Kabinetts im Dezember immer den An-
 schein gegeben, als wäre sie mit der Bildung der
 großen Koalition einverstanden; sie verlangte jedoch,
 als Partei daran beteiligt zu sein, und nicht nur
 durch Minister, die auf vorkommende Vorfälle
 sehen, wie es die Sozialdemokratie gewünscht hatte.
 In Wirklichkeit hätte wohl die Deutsche Volkspartei
 eine Koalition ohne die Vereinigte Sozialdemokratie
 lieber gesehen; das beweisen die persönlichen Ver-
 weisungen, die der Abg. Veder-Sellen, der frü-
 here Wirtschaftsminister, damals an die Sozialdemo-
 kratie richtete.
 Als dritter Grund des Scheiterns einer großen
 Koalition unter Wirth ist eine gewisse Unrichtig-
 keit anzusehen, die aber heute noch nicht ganz
 aufgeklärt ist, und über die wir uns deshalb an
 dieser Stelle nicht verbreiten möchten. Wir er-
 innern nur daran, daß die Außenpolitik mit der
 Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin
 unter der Führung Barthous ihren Anfang nahm;
 es hat damals die französische Presse durch eine
 höchst eigenartige Taktik zum Sturz der Regierung
 Wirth nicht unwesentlich beigetragen. Es ist schon
 erwähnt worden, daß der heutige Reichsfinanzminister
 Dr. Stresemann damals der Wortführer seiner Partei

Der Freiburger Friedenskongress.

Ein Rückblick.
 Während in der Zeit vom 4.-10. August in Frei-
 burg der 3. internationale demokratische Kongress
 für den Frieden tagte, wurde am zweitägigen Tag
 bekannt, daß die „internationale“ Rheinlandkom-
 mission — d. h. Frankreich — wieder einmal die Sperre
 zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ver-
 hängt hatte. Nur auf acht Tage, hieß es; aber man
 ist in den Gewohnheiten jenes Frankreich, das zur
 Zeit die Welt durch sein unerhörtes Gewaltregiment
 in Atem hält, erfahren genug, um sich nicht gar zu
 sehr zu wundern, wenn jetzt nach Umlauf der acht
 Tage der Willkür der Sperre auf unbestimmte
 Zeit verlängert wird. Das vom Militarismus und
 allen Gewaltinstinkten des Kapitalismus beherrschte
 Frankreich hat die Macht, das wehrlose deutsche
 Volk zu plagen und zu ärgern, also zu dieses Frank-
 reich, was es will, ohne sich über die verächtliche
 Feigheit solchen Tuns irgend welche Rechenschaft zu
 geben.
 Verfällt aber — so wird sich wohl mancher fragen
 — der Freiburger Friedenskongress, der von einem
 einer anderen Nation angehörenden Delegierten in
 der Hauptstadt eines deutsch-französischer Kongress
 bezeichnet wurde, durch die französische Praxis nicht
 der Lächerlichkeit? Ist es nicht ein Spott und Hohn
 auf alle Friedensbemühungen, wenn Frankreich mit-
 ten in solchen Bemühungen um eine Verständigung

Interparlamentarische Konferenz.

Kopenhagen, 16. August. Der von der Telegraphen-
 Union nach Kopenhagen entsandte Londoner Berichterstatter
 meldet über die Gründung der interparlamentarischen
 Konferenz:
 Die interparlamentarische Konferenz
 wurde gestern eröffnet. Vertreter sind sämtliche der
 interparlamentarischen Union angehörenden Länder mit
 Ausnahme Griechenlands und der Türkei. Als erster
 Punkt der Tagesordnung kam die Frage der parlamentarischen
 Kontrolle in der auswärtigen Politik zur Sprache.
 Der Vertreter Oesterreichs, Dr. Mataja, brachte in die-
 sem Punkt einen Antrag ein, daß die Frage von einem
 juristischen Ausschuss genau untersucht werden soll, ehe ein
 Beschluß gefaßt wird. Als zweiter Punkt stand die Frage
 der Konfessionsmandate, wie sie durch den Völkervertrag
 geregelt werden, und als dritter Punkt das Ver-
 ständigungsprogramm zur Verhandlung. In diesen beiden
 Punkten kamen deutsche Redner zum Wort und ihr Ein-
 greifen gestaltete sich zum Ereignis der Tagung. Der
 deutsche Abg. Gothein protestierte mit unverblümter
 Schärfe gegen die Ausschließung Deutschlands von der
 Ausübung der Konfessionsmandate. Er erklärte, daß
 die deutsche Kolonialpolitik sowohl kulturell wie hygienisch
 größere Erfolge erzielt habe als die Kolonialpolitik
 irgend eines anderen Landes und daß es ein Unrecht sei,
 Deutschland von der Kolonialverwaltung auszuschließen.
 In der Abkürzungsfrage wurden Anträge von
 Dänemark und England eingebracht. Ein englischer Dele-
 gierter forderte die Einsetzung einer interparlamentarischen
 Kommission, die nicht nur in theoretischer Form die
 Grundzüge der Abstimmungsbeschränkungen formuliere, sondern
 auch die augenblickliche Lage, namentlich auch die Lage in
 der Rheinprovinz studieren solle. Als Vertreter Deutsch-
 lands lenkte bei dieser Gelegenheit Professor Dr. Duidde
 in einer sehr temperamentsvollen Improvisation die Auf-
 merksamkeit des Kongresses auf die Lage in Rußland
 ab. Der Kongress dürfe an den dortigen Vorkämen
 nicht achtlos vorbeiziehen, sondern solle die Gewaltpolitik,
 die dort herrsche, verurteilen. Er behaupte, daß von fran-
 zösischer und belgischer Seite nur eine verschwindend ge-
 ringe Anzahl von Vertretern an den Verhandlungen teil-
 nehme, da auf diese Weise jeder Versuch einer direkten Aus-
 sprache zwischen den deutschen und französischen Teilneh-
 mern hinfällig werde.
 Im übrigen kann den weiteren Verhandlungen des
 Kongresses mit größtem Interesse entgegengesehen werden.
 Die Vertretung Deutschlands ist sehr zahlreich. Die deut-
 schen Delegierten, unter denen sich der frühere Reichs-
 zentralrat, sowie Eduard Bernstein und Dr.
 Hoehrich befinden, wurden von allen Seiten stark in An-
 spruch genommen und um Ausführungen über die Lage in
 Deutschland gebeten. Ed. Bernstein und Gothein haben
 Presse-Interviews gegeben, in denen sie ihr Vertrauen zu
 der neuen Regierung und der politischen Stabilität
 Deutschlands zum Ausdruck brachten.
 Die interparlamentarische Konferenz. — Ein Appell
 an Amerika.
 Kopenhagen, 17. August. Auf der interparlamentarischen
 Konferenz hielt der deutsche Reichstagspräsident
 Loebe eine Rede, in der er folgendes sagte:
 „Europa ist heute geistig und moralisch so niedergedrückt,
 daß nur noch die Vereinigten Staaten
 ihm helfen können und um der ganzen Welt
 willen auch helfen müssen. Nur auf diese Weise können
 wir uns noch retten. Die Vereinigten Staaten sind das
 einzige Land, wo man keinen Revanchegedanken findet.
 Sie müssen uns unterstützen in dem Bestreben, in der
 Reparationsfrage eine unparteiliche in-

Die große Koalition.

Die große Koalition, von deren politischer Not-
 wendigkeit eigentlich jeder einseitige Mensch seit
 Monaten überzeugt war, ist nun gekommen, und
 zwar wird sie geführt von einem Mann, dessen Prä-
 sident nicht immer zu den Anhängern dieses Gedan-
 kens gehört hatte.
 Die „Große Koalition“ heißt die Einheit, daß die
 ungeheuren Reparationslasten, die der Versailler
 Vertrag uns zwangsläufig auferlegt hat, nicht von
 den Schultern einer Partei allein, sondern von
 der Volksgemeinschaft getragen werden müssen; sie
 heißt: Unterordnung der offiziellen Reparations-
 politik durch eine möglichst umfassende Mehrheit der
 Volkswirtschaft. Die Politik des Reichsfinanz-
 Ministers Dr. Wirth hatte zielbewußt auf die Realisierung
 des Gedankens hingetrieben. Trotzdem ist er an der
 Bildung der großen Koalition gescheitert und zwar
 in der Hauptache deshalb, weil die Erkenntnis der
 Notwendigkeit dieser Kombination noch nicht Ge-
 meingut in der Betracht kommenden Parteien im
 Reichstag geworden war. Wirth hat die große Koalition
 gewollt, weil er neben den breiten Schichten der
 Wirtschaft an den schwerbelasteten Reichsbeamten
 spannen wollte. Die Gründe des Scheiterns lagen
 einmal in der Person Wirths selbst, das will heißen:
 in der Stellung, die die Parteien, auf die es damals
 ankam (die Deutsche Volkspartei und die Sozial-
 demokraten) der Person Wirths gegenüber einnahm.
 Die Deutsche Volkspartei stieß sich an der Per-
 son Wirths, weil sie keine Reparationspolitik seiner-
 zeit noch nicht verstanden hatte. Für die Sozial-
 demokraten war Dr. Wirth allmählich etwas zu
 selbstherrlich geworden, außerdem waren parteipoli-
 tische Mischungen für sie maßgebend, die darin be-
 standen, daß sie sich für nach der Vereinigung mit der
 Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ihr
 neues Parteigebilde noch nicht für kräftig genug
 hielten, um mit der Deutschen Volkspartei an einem
 Tische zu sitzen. Des weiteren waren sie insofern
 nicht mit dem Kurse der Wirthschen Außenpolitik
 einverstanden, als sie die Außenpolitik des Kanzlers
 nicht mitmachen zu können glaubten, von der sie
 annahmen, daß sie den kommunistischen Partei-
 zwecken dienlich sein könnte.
 Die Deutsche Volkspartei hat sich bei der Reubil-
 dung des Kabinetts im Dezember immer den An-
 schein gegeben, als wäre sie mit der Bildung der
 großen Koalition einverstanden; sie verlangte jedoch,
 als Partei daran beteiligt zu sein, und nicht nur
 durch Minister, die auf vorkommende Vorfälle
 sehen, wie es die Sozialdemokratie gewünscht hatte.
 In Wirklichkeit hätte wohl die Deutsche Volkspartei
 eine Koalition ohne die Vereinigte Sozialdemokratie
 lieber gesehen; das beweisen die persönlichen Ver-
 weisungen, die der Abg. Veder-Sellen, der frü-
 here Wirtschaftsminister, damals an die Sozialdemo-
 kratie richtete.
 Als dritter Grund des Scheiterns einer großen
 Koalition unter Wirth ist eine gewisse Unrichtig-
 keit anzusehen, die aber heute noch nicht ganz
 aufgeklärt ist, und über die wir uns deshalb an
 dieser Stelle nicht verbreiten möchten. Wir er-
 innern nur daran, daß die Außenpolitik mit der
 Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin
 unter der Führung Barthous ihren Anfang nahm;
 es hat damals die französische Presse durch eine
 höchst eigenartige Taktik zum Sturz der Regierung
 Wirth nicht unwesentlich beigetragen. Es ist schon
 erwähnt worden, daß der heutige Reichsfinanzminister
 Dr. Stresemann damals der Wortführer seiner Partei

Der Freiburger Friedenskongress.

Ein Rückblick.
 Während in der Zeit vom 4.-10. August in Frei-
 burg der 3. internationale demokratische Kongress
 für den Frieden tagte, wurde am zweitägigen Tag
 bekannt, daß die „internationale“ Rheinlandkom-
 mission — d. h. Frankreich — wieder einmal die Sperre
 zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ver-
 hängt hatte. Nur auf acht Tage, hieß es; aber man
 ist in den Gewohnheiten jenes Frankreich, das zur
 Zeit die Welt durch sein unerhörtes Gewaltregiment
 in Atem hält, erfahren genug, um sich nicht gar zu
 sehr zu wundern, wenn jetzt nach Umlauf der acht
 Tage der Willkür der Sperre auf unbestimmte
 Zeit verlängert wird. Das vom Militarismus und
 allen Gewaltinstinkten des Kapitalismus beherrschte
 Frankreich hat die Macht, das wehrlose deutsche
 Volk zu plagen und zu ärgern, also zu dieses Frank-
 reich, was es will, ohne sich über die verächtliche
 Feigheit solchen Tuns irgend welche Rechenschaft zu
 geben.
 Verfällt aber — so wird sich wohl mancher fragen
 — der Freiburger Friedenskongress, der von einem
 einer anderen Nation angehörenden Delegierten in
 der Hauptstadt eines deutsch-französischer Kongress
 bezeichnet wurde, durch die französische Praxis nicht
 der Lächerlichkeit? Ist es nicht ein Spott und Hohn
 auf alle Friedensbemühungen, wenn Frankreich mit-
 ten in solchen Bemühungen um eine Verständigung

Interparlamentarische Konferenz.

Kopenhagen, 16. August. Der von der Telegraphen-
 Union nach Kopenhagen entsandte Londoner Berichterstatter
 meldet über die Gründung der interparlamentarischen
 Konferenz:
 Die interparlamentarische Konferenz
 wurde gestern eröffnet. Vertreter sind sämtliche der
 interparlamentarischen Union angehörenden Länder mit
 Ausnahme Griechenlands und der Türkei. Als erster
 Punkt der Tagesordnung kam die Frage der parlamentarischen
 Kontrolle in der auswärtigen Politik zur Sprache.
 Der Vertreter Oesterreichs, Dr. Mataja, brachte in die-
 sem Punkt einen Antrag ein, daß die Frage von einem
 juristischen Ausschuss genau untersucht werden soll, ehe ein
 Beschluß gefaßt wird. Als zweiter Punkt stand die Frage
 der Konfessionsmandate, wie sie durch den Völkervertrag
 geregelt werden, und als dritter Punkt das Ver-
 ständigungsprogramm zur Verhandlung. In diesen beiden
 Punkten kamen deutsche Redner zum Wort und ihr Ein-
 greifen gestaltete sich zum Ereignis der Tagung. Der
 deutsche Abg. Gothein protestierte mit unverblümter
 Schärfe gegen die Ausschließung Deutschlands von der
 Ausübung der Konfessionsmandate. Er erklärte, daß
 die deutsche Kolonialpolitik sowohl kulturell wie hygienisch
 größere Erfolge erzielt habe als die Kolonialpolitik
 irgend eines anderen Landes und daß es ein Unrecht sei,
 Deutschland von der Kolonialverwaltung auszuschließen.
 In der Abkürzungsfrage wurden Anträge von
 Dänemark und England eingebracht. Ein englischer Dele-
 gierter forderte die Einsetzung einer interparlamentarischen
 Kommission, die nicht nur in theoretischer Form die
 Grundzüge der Abstimmungsbeschränkungen formuliere, sondern
 auch die augenblickliche Lage, namentlich auch die Lage in
 der Rheinprovinz studieren solle. Als Vertreter Deutsch-
 lands lenkte bei dieser Gelegenheit Professor Dr. Duidde
 in einer sehr temperamentsvollen Improvisation die Auf-
 merksamkeit des Kongresses auf die Lage in Rußland
 ab. Der Kongress dürfe an den dortigen Vorkämen
 nicht achtlos vorbeiziehen, sondern solle die Gewaltpolitik,
 die dort herrsche, verurteilen. Er behaupte, daß von fran-
 zösischer und belgischer Seite nur eine verschwindend ge-
 ringe Anzahl von Vertretern an den Verhandlungen teil-
 nehme, da auf diese Weise jeder Versuch einer direkten Aus-
 sprache zwischen den deutschen und französischen Teilneh-
 mern hinfällig werde.
 Im übrigen kann den weiteren Verhandlungen des
 Kongresses mit größtem Interesse entgegengesehen werden.
 Die Vertretung Deutschlands ist sehr zahlreich. Die deut-
 schen Delegierten, unter denen sich der frühere Reichs-
 zentralrat, sowie Eduard Bernstein und Dr.
 Hoehrich befinden, wurden von allen Seiten stark in An-
 spruch genommen und um Ausführungen über die Lage in
 Deutschland gebeten. Ed. Bernstein und Gothein haben
 Presse-Interviews gegeben, in denen sie ihr Vertrauen zu
 der neuen Regierung und der politischen Stabilität
 Deutschlands zum Ausdruck brachten.
 Die interparlamentarische Konferenz. — Ein Appell
 an Amerika.
 Kopenhagen, 17. August. Auf der interparlamentarischen
 Konferenz hielt der deutsche Reichstagspräsident
 Loebe eine Rede, in der er folgendes sagte:
 „Europa ist heute geistig und moralisch so niedergedrückt,
 daß nur noch die Vereinigten Staaten
 ihm helfen können und um der ganzen Welt
 willen auch helfen müssen. Nur auf diese Weise können
 wir uns noch retten. Die Vereinigten Staaten sind das
 einzige Land, wo man keinen Revanchegedanken findet.
 Sie müssen uns unterstützen in dem Bestreben, in der
 Reparationsfrage eine unparteiliche in-

Die große Koalition.

Die große Koalition, von deren politischer Not-
 wendigkeit eigentlich jeder einseitige Mensch seit
 Monaten überzeugt war, ist nun gekommen, und
 zwar wird sie geführt von einem Mann, dessen Prä-
 sident nicht immer zu den Anhängern dieses Gedan-
 kens gehört hatte.
 Die „Große Koalition“ heißt die Einheit, daß die
 ungeheuren Reparationslasten, die der Versailler
 Vertrag uns zwangsläufig auferlegt hat, nicht von
 den Schultern einer Partei allein, sondern von
 der Volksgemeinschaft getragen werden müssen; sie
 heißt: Unterordnung der offiziellen Reparations-
 politik durch eine möglichst umfassende Mehrheit der
 Volkswirtschaft. Die Politik des Reichsfinanz-
 Ministers Dr. Wirth hatte zielbewußt auf die Realisierung
 des Gedankens hingetrieben. Trotzdem ist er an der
 Bildung der großen Koalition gescheitert und zwar
 in der Hauptache deshalb, weil die Erkenntnis der
 Notwendigkeit dieser Kombination noch nicht Ge-
 meingut in der Betracht kommenden Parteien im
 Reichstag geworden war. Wirth hat die große Koalition
 gewollt, weil er neben den breiten Schichten der
 Wirtschaft an den schwerbelasteten Reichsbeamten
 spannen wollte. Die Gründe des Scheiterns lagen
 einmal in der Person Wirths selbst, das will heißen:
 in der Stellung, die die Parteien, auf die es damals
 ankam (die Deutsche Volkspartei und die Sozial-
 demokraten) der Person Wirths gegenüber einnahm.
 Die Deutsche Volkspartei stieß sich an der Per-
 son Wirths, weil sie keine Reparationspolitik seiner-
 zeit noch nicht verstanden hatte. Für die Sozial-
 demokraten war Dr. Wirth allmählich etwas zu
 selbstherrlich geworden, außerdem waren parteipoli-
 tische Mischungen für sie maßgebend, die darin be-
 standen, daß sie sich für nach der Vereinigung mit der
 Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ihr
 neues Parteigebilde noch nicht für kräftig genug
 hielten, um mit der Deutschen Volkspartei an einem
 Tische zu sitzen. Des weiteren waren sie insofern
 nicht mit dem Kurse der Wirthschen Außenpolitik
 einverstanden, als sie die Außenpolitik des Kanzlers
 nicht mitmachen zu können glaubten, von der sie
 annahmen, daß sie den kommunistischen Partei-
 zwecken dienlich sein könnte.
 Die Deutsche Volkspartei hat sich bei der Reubil-
 dung des Kabinetts im Dezember immer den An-
 schein gegeben, als wäre sie mit der Bildung der
 großen Koalition einverstanden; sie verlangte jedoch,
 als Partei daran beteiligt zu sein, und nicht nur
 durch Minister, die auf vorkommende Vorfälle
 sehen, wie es die Sozialdemokratie gewünscht hatte.
 In Wirklichkeit hätte wohl die Deutsche Volkspartei
 eine Koalition ohne die Vereinigte Sozialdemokratie
 lieber gesehen; das beweisen die persönlichen Ver-
 weisungen, die der Abg. Veder-Sellen, der frü-
 here Wirtschaftsminister, damals an die Sozialdemo-
 kratie richtete.
 Als dritter Grund des Scheiterns einer großen
 Koalition unter Wirth ist eine gewisse Unrichtig-
 keit anzusehen, die aber heute noch nicht ganz
 aufgeklärt ist, und über die wir uns deshalb an
 dieser Stelle nicht verbreiten möchten. Wir er-
 innern nur daran, daß die Außenpolitik mit der
 Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin
 unter der Führung Barthous ihren Anfang nahm;
 es hat damals die französische Presse durch eine
 höchst eigenartige Taktik zum Sturz der Regierung
 Wirth nicht unwesentlich beigetragen. Es ist schon
 erwähnt worden, daß der heutige Reichsfinanzminister
 Dr. Stresemann damals der Wortführer seiner Partei

Der Freiburger Friedenskongress.

Ein Rückblick.
 Während in der Zeit vom 4.-10. August in Frei-
 burg der 3. internationale demokratische Kongress
 für den Frieden tagte, wurde am zweitägigen Tag
 bekannt, daß die „internationale“ Rheinlandkom-
 mission — d. h. Frankreich — wieder einmal die Sperre
 zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ver-
 hängt hatte. Nur auf acht Tage, hieß es; aber man
 ist in den Gewohnheiten jenes Frankreich, das zur
 Zeit die Welt durch sein unerhörtes Gewaltregiment
 in Atem hält, erfahren genug, um sich nicht gar zu
 sehr zu wundern, wenn jetzt nach Umlauf der acht
 Tage der Willkür der Sperre auf unbestimmte
 Zeit verlängert wird. Das vom Militarismus und
 allen Gewaltinstinkten des Kapitalismus beherrschte
 Frankreich hat die Macht, das wehrlose deutsche
 Volk zu plagen und zu ärgern, also zu dieses Frank-
 reich, was es will, ohne sich über die verächtliche
 Feigheit solchen Tuns irgend welche Rechenschaft zu
 geben.
 Verfällt aber — so wird sich wohl mancher fragen
 — der Freiburger Friedenskongress, der von einem
 einer anderen Nation angehörenden Delegierten in
 der Hauptstadt eines deutsch-französischer Kongress
 bezeichnet wurde, durch die französische Praxis nicht
 der Lächerlichkeit? Ist es nicht ein Spott und Hohn
 auf alle Friedensbemühungen, wenn Frankreich mit-
 ten in solchen Bemühungen um eine Verständigung

Interparlamentarische Konferenz.

Kopenhagen, 16. August. Der von der Telegraphen-
 Union nach Kopenhagen entsandte Londoner Berichterstatter
 meldet über die Gründung der interparlamentarischen
 Konferenz:
 Die interparlamentarische Konferenz
 wurde gestern eröffnet. Vertreter sind sämtliche der
 interparlamentarischen Union angehörenden Länder mit
 Ausnahme Griechenlands und der Türkei. Als erster
 Punkt der Tagesordnung kam die Frage der parlamentarischen
 Kontrolle in der auswärtigen Politik zur Sprache.
 Der Vertreter Oesterreichs, Dr. Mataja, brachte in die-
 sem Punkt einen Antrag ein, daß die Frage von einem
 juristischen Ausschuss genau untersucht werden soll, ehe ein
 Beschluß gefaßt wird. Als zweiter Punkt stand die Frage
 der Konfessionsmandate, wie sie durch den Völkervertrag
 geregelt werden, und als dritter Punkt das Ver-
 ständigungsprogramm zur Verhandlung. In diesen beiden
 Punkten kamen deutsche Redner zum Wort und ihr Ein-
 greifen gestaltete sich zum Ereignis der Tagung. Der
 deutsche Abg. Gothein protestierte mit unverblümter
 Schärfe gegen die Ausschließung Deutschlands von der
 Ausübung der Konfessionsmandate. Er erklärte, daß
 die deutsche Kolonialpolitik sowohl kulturell wie hygienisch
 größere Erfolge erzielt habe als die Kolonialpolitik
 irgend eines anderen Landes und daß es ein Unrecht sei,
 Deutschland von der Kolonialverwaltung auszuschließen.
 In der Abkürzungsfrage wurden Anträge von
 Dänemark und England eingebracht. Ein englischer Dele-
 gierter forderte die Einsetzung einer interparlamentarischen
 Kommission, die nicht nur in theoretischer Form die
 Grundzüge der Abstimmungsbeschränkungen formuliere, sondern
 auch die augenblickliche Lage, namentlich auch die Lage in
 der Rheinprovinz studieren solle. Als Vertreter Deutsch-
 lands lenkte bei dieser Gelegenheit Professor Dr. Duidde
 in einer sehr temperamentsvollen Improvisation die Auf-
 merksamkeit des Kongresses auf die Lage in Rußland
 ab. Der Kongress dürfe an den dortigen Vorkämen
 nicht achtlos vorbeiziehen, sondern solle die Gewaltpolitik,
 die dort herrsche, verurteilen. Er behaupte, daß von fran-
 zösischer und belgischer Seite nur eine verschwindend ge-
 ringe Anzahl von Vertretern an den Verhandlungen teil-
 nehme, da auf diese Weise jeder Versuch einer direkten Aus-
 sprache zwischen den deutschen und französischen Teilneh-
 mern hinfällig werde.
 Im übrigen kann den weiteren Verhandlungen des
 Kongresses mit größtem Interesse entgegengesehen werden.
 Die Vertretung Deutschlands ist sehr zahlreich. Die deut-
 schen Delegierten, unter denen sich der frühere Reichs-
 zentralrat, sowie Eduard Bernstein und Dr.
 Hoehrich befinden, wurden von allen Seiten stark in An-
 spruch genommen und um Ausführungen über die Lage in
 Deutschland gebeten. Ed. Bernstein und Gothein haben

ternationale Sachverständigen-Kommission zu schaffen. Die interparlamentarische Konferenz hat den einen Wert, daß sie ein Weltparlament vorbereitet, in dem die wichtigsten alle großen Probleme der Welt regeln werden. Ich bin nach Dänemark gekommen, um die amerikanischen Delegierten zu begrüßen und ich habe ihnen dafür gedankt, daß Amerika unseren Kindern geholfen hat und sie gebeten, auch weiter zu helfen. Wenn Amerika Deutschland nicht helfen sollte, werden wir bald eine große Umpfaltung erleben, die für die ganze Welt die einen einzigen großen Haushalt darstellt. Katastrophal sein wird.

Der amerikanische Delegierte Mag Kinley erwiderte darauf:

Die Wirren an der Ruhr sind es vor allem, die die Welt mit neuen schweren Konflikten bedrohen. Die amerikanischen Delegierten wissen die europäischen Schweregezeiten wohl zu würdigen und das amerikanische Volk ebenfalls. Wir unternehmen keine politische Aktion, aber wir werden helfen vom geschäftlichen und philanthropischen Standpunkt aus.

Der japanische Delegierte sagte in der Debatte: „Amerika kann der ganzen Welt helfen, wenn es Deutschland hilft. Die Amerikaner ist ein unwürdiges Schauspiel. Ihre Entschuldigungen sind alle überflüssigen parlamentarischen Methoden.“

Die Abrüstungsfrage.

Kopenhagen, 17. Aug. Die interparlamentarische Konferenz beschäftigte sich gestern mit mehreren die allgemeine Abrüstung betreffenden Entscheidungen. Der französische Sozialist Merlin erklärte sich nicht für vollständig, eine derartige Entscheidung zu unterstützen. Frankreich sei das friedliebendste Land der Erde (!!) dessen Ziel es stets sei, Kriege zu verhindern (!). Dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn alle Verträge, besonders aber der Versailles Vertrag aufrechterhalten bleiben.

Der Regierungswechsel.
Von den neuen Ministern.

Wir geben in Folgenden von den neuen Reichsministern, die bisher mit Ausnahme Dr. Madsbruchs noch keinem Kabinett angehört haben, einige Personalien.

Der Reichskanzler Dr. Gustav Stresemann, 1878 zu Berlin geboren, studierte Rechte und Staatswissenschaften und wurde von 1902 ab Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller. Als Herausgeber der Wochenchrift „Deutsche Stimmen“ trat er schriftstellerisch hervor; seit Dezember 1914 ist er Mitglied des Reichstags. Seit 1917 war er Vorsitzender der Nationalliberalen Reichstagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Industriellen.

Dr. Rudolf Dillender, der neue Reichsfinanzminister, wurde 1879 in Wien als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er studierte Recht und war bis 1907 in Wien als Aktivist tätig. Er wurde dann an die sozialdemokratische Parteischule nach Berlin berufen, da er sich als volkswirtschaftlicher Schriftsteller hervorgetan hatte, aber die kaiserliche Regierung unterband sehr bald seine Betätigung. Er kam dann in die Redaktion des Vorwärts, wo er rasch an seitliche Stelle gelangte. Er machte später die Exzellenz der Unabhängigen mit und übernahm die Leitung ihres Hauptorgans, der Freiheit. Nach der Revolution erwarb er das deutsche Staatsbürgerrecht. Bei der Gründung des Reichswirtschaftsrates wurde er von keiner Partei in diese Körperschaft entsandt. 1921 trat er in die Sozialreformkommission ein. Er wirkte für die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Der neue Reichsminister des Innern Wilhelm Sollmann, Medaieur in Köln, wurde 1881 in Oberlind (Saarland) geboren. Er besuchte das Gymnasium in Koblenz, trat 1903 in die sozialdemokratische Partei ein und war hier bald führend in der „Jugend“, Jugend- und Arbeiterbewegung tätig. Im Jahre 1911 trat er als Redakteur bei der sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung in Köln ein. Ab November 1912 die Zeitung des Ruhrburger sozialdemokratischen Parteikomitees, kehrte aber 1913 wieder in die Redaktion der Rheinischen Zeitung zurück. Er ist Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins in Köln und seit 1918 Stadtvorstand in Düsseldorf. Er hat den Ruf eines geschickten Redners.

Der Oberpräsident Dr. Hans Fuchs, der das Amt eines Reichsministers für die besetzten Gebiete übernimmt, wurde 1874 zu Widenorf als Sohn eines Landwirts geboren. Er studierte die Rechtswissenschaften und fand Verwendung bei der General-Kommission in Düsseldorf. Er wurde später ins preussische Landwirtschaftsministerium berufen. Er nahm am Krieg teil, erlitt eine schwere Verwundung und war dann wieder im Landwirtschaftsministerium tätig, bis er 1919 zum Regierungspräsidenten in Trier ernannt wurde. Am Juli 1922 wurde er zum kommissarischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt im Februar 1923 wurde er von den Franzosen ausgewiesen. Dr. Fuchs gehört dem Zentrum an.

Der Justizminister Gustav Madsbruch wurde am 21. November 1878 in Lübeck geboren. Vor Beendigung des juristischen Vorbereitungsdienstes habilitierte er sich mit einer Abhandlung über den Handlungsbegriff im Strafrechtswesen an der Universität Heidelberg; später wandte er sich mehr und mehr der Rechtsphilosophie zu, über deren Grundzüge er 1914 ein Werk erschienen ließ. Seinen höchsten Erfolg hatte er mit seiner Einführung in die Rechtsphilosophie. Bis 1914 war er in Heidelberg, in den letzten Jahren als außerordentlicher Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie. Am Weltkrieg nahm er zunächst als freiwilliger Krankenpfleger, dann an der Front teil. 1919 war er als außerordentlicher Professor nach Kiel berufen worden. Politisch hatte er sich der Mehrheitssozialdemokratie angeschlossen und kam 1920 in den Reichstag. 1921 wurde er in das Kabinett Brüning als Reichsjustizminister berufen, welches Amt er jetzt wieder übernimmt.

Dr. Zeigener bei Reichskanzler Stresemann.

Berlin, 18. Aug. Der Reichskanzler hat gestern in Gegenwart des Reichsinnenministers eine ausführliche Aussprache mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigener gehabt. Gegenstand dieser Aussprache waren die Verhältnisse in Sachsen in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung. Der sächsische Innenminister wies auf die große Erregung der sächsischen Arbeiterbevölkerung hin, die mit polizeilichen Mitteln allein nicht bekämpft werden könnten. Vorbeugende Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Art seien erforderlich. Der Ministerpräsident betonte ferner den festen Willen der sächsischen Regierung, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Uebereinstimmung eras sich darüber, daß zur Wiederherstellung normaler Zustände es brennenden werden müßte, die bisherigen bedauerlichen Vorgänge zu politischen Zwecken aufzubauen, wie es teilweise in der Presse gesehehen ist.

Im Ganzen stellte der Reichskanzler die volle Zustimmung des sächsischen Ministerpräsidenten dazu fest, im Zusammenwirken mit der Reichsregierung die Grundlagen der heutigen Staatsordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen.

Haushaltsauskunft des Reichstags.

Berlin, 17. August. In der heutigen Sitzung des Reichshaushaltsausschusses des Reichstags trat Abg. Schöpplin (Soz.) für die Herbeiführung einer allgemeinen Finanzaussprache ein, um eine Klärung über die Auswirkung, der vor einigen Tagen vom Reichsrat beschlossenen wertbefähigenden Gütertarife zu erhalten. Er erklärte, es gehe nicht an, daß ein Ministerium auf Verbilligung von Lebensmitteln hinwirke, während ein anderes in seiner Tarifpolitik dieses Bestreben durchsetze. Der Ausschuß stimmte dem zu und beschloß, in der nächsten Woche eine allgemeine Finanzaussprache unter Hinzuziehung aller beteiligten Ministerien vorzunehmen. Sodann beriet der Ausschuß die Ausbezahlung der mit den Spitzenorganisationen vereinbarten Beamten- und Staatsarbeiterbezüge. Ein Antrag Dr. Quast (D. Vp.), der die Regierung ersucht, auf beschleunigte Auszahlung der Staats- und Kommunalbeamten und Angestellten hinzuwirken, gelangte zur Annahme. Weiter wurde ein Antrag Schmitt-Stein, der die Regierung ersucht, in allen Reichsreformmaßnahmen zur sofortigen Auszahlung der Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen und Teuerungszulagen zu treffen.

Ein schwerwiegender Beschluß.

Berlin, 17. August. Die maßgebenden wissenschaftlichen Verleger sehen sich gezwungen, jede weitere Herstellung von Büchern einzustellen, weil die Druckpreise durch die letzten Tarifserhöhungen bei einem Dollarkurs von 2700 000 auf das Dreifache der Friedensgoldpreise stiegen und damit neuherzustellende Werke sowohl im Inland wie im Ausland unverkäuflich werden müßten.

Die Not der Presse.

Halle, 17. Aug. Die Zeitungsverleger ganz Mitteldeutschlands haben beschlossen, wegen des unerfüllbaren Tariflohns von 36 Millionen Mark (Zwischenlohn), heute allen Buchdruckerbetrieben zu kündigen und die Betriebe zu schließen. Man sucht, durch einen Regionaltarif diese Krise zu überwinden.

Zum Verbot der Deutschen Zeitung.

Berlin, 17. Aug. Ueber die Gründe, die zum Verbot der Deutschen Zeitung führten, erfahren wir folgendes: Die Deutsche Zeitung hat in ihrer Mittwoch-Abendausgabe an die Wiedergabe von Äußerungen aus Prager und Pariser Zeitungen über die Kanzlerrede die Worte geknüpft, eine weitere Kritik über diesen deutschen Kanzler erübrigte sich. Die Feinde haben das Loburteil gesprochen. Hierin liegt nach Ansicht der zuständigen Stellen der für einen deutschen Kanzler überaus gehässige Vorwurf, daß er un-deutscher Gesinnung sei und seine Politik nicht nach den Interessen des deutschen Volkes, sondern nach den Wünschen unserer Feinde einrichte. Durch diese Beschimpfung solle aber auch die republikanische Staatsform überhaupt betroffen werden. Das ergebe sich auch aus den Zeitartikeln der vorhergegangenen Tage.

Auflösung des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte.

Berlin, 17. August. Wie der amtliche preussische Pressendienst mitteilt, hat der Minister des Innern auf Grund des § 14 Absatz 2 in Verbindung mit § 7 Ziff. 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik den Reichsausschuh der deutschen Betriebsräte Berlin mit seinen Unterausschüssen, also auch den über Ausschuh der Betriebsräte vor Groß-Berlin aufgelöst und verboten. An der Begründung wird u. a. angeführt, daß der Reichsausschuh bestimmenden Einfluß auf die Bildung und Betätigung der verbotenen proletarischen Hundertschaften ausübt.

Drohender Generalstreik in Braunschweig.

Braunschweig, 17. August. Gestern vormittag um 10 Uhr versammelte sich die gesamte Arbeiterchaft Braunschweigs auf dem Schloßplatz zu einer Kundgebung zwecks Durchsetzung einiger Forderungen, die dem Ministerium vorgelegt werden sollen, auf Zurückziehung des Flurschubdienstes und Hinzunahme der Einziehung von Kontroll-Ausschüssen zur Erhaltung der Lebensmittel. Bei den nach der Versammlung veranstalteten Umzügen durch die Stadt haben sich Zwischenfälle nicht ereignet. Heute nachmittag soll noch einmal eine Versammlung abgehalten werden, in der auch über die Frage des Generalstreiks entschieden werden soll.

Baden, Rhein und Ruhr.

Verkehrssperre bis 15. September verlängert.

Köln, 18. Aug. Wie die Telegraphen-Union zuverlässig erfährt, wird die Verkehrssperre zwischen besetzten und unbesetzten Gebiet bis 15. September andauern.

Protest gegen die Verkehrssperre.

Vernünftige Folgen der Sperre.

Hann, 18. Aug. Die in Hann zu einer Versammlung verammelten Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften aller Richtungen des Industriegebietes erhoben vor aller Welt gegen die von der Besatzung anordneten neuen Verlängerung der Verkehrssperre lauten Protest. Sie sei lediglich darauf berechnet, Handel und Wandel im Ruhrbezirk zu unterbinden und die Bevölkerung auszuhungern. Die verantwortlichen Leiter der französischen Politik treffe die volle Verantwortung für die Zunahme von Krankheit, Seichtum und Tod im abgesperrten Gebiet. Die unabsehbarsten Folgen können eintreten, wenn Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit hier dauernd mit Füßen getreten werden.

Französisches Verbot der Auszahlung von Unterstützungsgeldern.

Frankfurt a. M., 17. Aug. Die Franzosen haben mit dem Verbot der Auszahlung von Unterstützungsgeldern an Arbeitslose jetzt den Anfang ge-

macht. Im Rheingaukreis ist diese Auszahlung an Arbeiter und Gewerbetreibende in jenen Gemeinden verboten worden, in denen die Bahnübergänge nicht bewacht werden.

Verkauf der Deute.

Paris, 16. Aug. Nach einer Ankündigung in der Source industrielle werden die in Deutschland beschlagnahmten Farbstoffe, die in Kehl in Magazinen aufgespeichert seien, jetzt zum Verkauf gebracht. Es handle sich insgesamt um sieben Tonnen, von denen nur der Teil verkauft werde, der zum Export bestimmt sei. Es seien das Farbstoffe, die auch von französischen Fabriken angefertigt würden. Der Rest der Farbstoffe, die nicht in Frankreich zu haben seien, werde zur Befriedigung von Bestellungen, die seiner Zeit in Deutschland gemacht, aber nicht ausgeführt worden seien, benutzt werden.

Lebenslängliches Zuchthaus.

Bonn, 18. August. (Köln. Ztg.) Das französische Kriegsgericht verurteilte den 24jährigen Schlosser Johann Schwing aus Godesberg-Friesdorf wegen „Mordes“ zu lebenslänglichem Zuchthaus. Schwing hatte am 13. Mai nach ausgiebiger Biertrinke in einer Wirtschaft in Bonn-Dottendorf einen französischen Soldaten, der ihn zuerst ohnmächtig und dann auch den Kopf misshandelt, durch Stiche in den Rücken getötet. Das Gericht behandelte mit drei gegen zwei Stimmen die Frage nach überlegtem Mord (!), billigte dem Angeklagten aber mildernde Umstände zu.

Sabotageakte.

Paris, 17. Aug. Nach einer Brüsseler Meldung des Matin hat die belgische Kriminalpolizei in Nachen fünfzehn Personen festgenommen, welche Sabotageakte begangen hätten, darunter den Ardennen Wenzel aus Sollerba. Man habe bei ihnen fünf Bomben, einen Selbstlädervolwer, Dolche und Totschläger vorgefunden. Die Untersuchung dauert an. Neue Verhaftungen werden erwartet.

Kommunistische Niederlage im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet, 18. August. Die Absicht der Kommunisten, die passive Resistenz der Bergarbeiter fortzuführen und von dieser zum Generalstreik zu gehen, ist völlig gescheitert. Nachdem schon Donnerstag die Belgischen einer großen Anzahl von Zechen beschlossen hatten, die passive Resistenz aufzugeben und zur Arbeit zurückzukehren, haben sich jetzt auch die noch ausbleibenden Belgischen diesem Beschluß angeschlossen. Gestern sind auf allen Zechen, Schächten und Anlagen die Belgischen wieder zur Arbeit zurückgekehrt. Wesentlich mitbestimmend für die Haltung der Bergarbeiter war die in den letzten Tagen erfolgte Senkung der Lebensmittelpreise.

Mülheim, 16. Aug. Die Belgische der hiesigen Zechen mit Ausnahme der Zeche „Dagenbed“ sind wieder eingefahren, läßt jedoch gestern noch passive Resistenz. Auf den Thuyen-Werken wird voll gearbeitet. In Oberhausen sind die Belgischen in der Zeche überall eingefahren, dagegen dauert in Wanne die passive Resistenz trotz Vorauszahlungen an. In Gelsenkirchen ist die Lage unverändert. Auf den von den Franzosen nicht besetzten Zechen wird gearbeitet. In Berne fanden nach den gestrigen Minderungen erneute Anammlungen statt, doch kam es zu keinen Ruhestörungen. Seitens der Polizei, die von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern häufig unterstützt wird, sind etwa 50 an den Minderungen beteiligte Personen festgenommen worden. Die Verhaftungen werden fortgesetzt. Auch seitens der französischen Gendarmen wurden Verhaftungen vorgenommen. In Buer und Gladbeck wird überall gearbeitet. Der Lebensmittelmangel hält unvermindert an.

Die Reparationsfrage.

Reparationskommission gegen die Goldanleihe.

Paris, 17. Aug. Die Reparationskommission veröffentlicht eine Note, in der erklärt wird, daß die von der deutschen Regierung beschlossene Goldanleihe mit dem Artikel 228 des Versailler Vertrages in Widerspruch stehe. Die Reparationskommission behält sich ausdrücklich jedes Prioritätsrecht auf die deutschen Einnahmequellen vor, die als Hypothek für die Goldanleihe dienen sollen.

Volkshatrat v. Voelck in Berlin erwartet.

Paris, 17. Aug. Volkshatrat v. Voelck ist zur Verhinderung nach Berlin berufen worden, wo er morgen eintreffen wird.

Ein amerikanischer Plan.

New York, 17. Aug. General Allen, der frühere Kommandeur der amerikanischen Besatzungsarmee am Rhein, erklärt, er habe der Regierung einen Plan für ein Eingreifen in der Reparationsfrage unterbreitet. Allen nennt die Ruhrbesetzung eine Zivilisationskatastrophe. Die Neuheringerung des Generals Allen erregen gewaltiges Aufsehen.

Die Reparationspolitik Coolidges.

London, 17. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph ist in der Laue, eine maßgebende Deutung der heabsichtigten Politik der neuen Regierung Coolidges gegenüber dem Reparationsproblem zu geben: Die neue nordamerikanische Regierung werde sich streng an die Grundsätze halten, die von Staatssekretär Hughes in seiner Rede in Newhaven niedergelegt worden seien, d. h. sie werde nach wie vor für eine unparteiische Feststellung der Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu leisten, durch eine internationale Kommission eintreten. Die Bundesregierung werde sich jedoch nicht erbötigen an irgend ein Aktionsverfahren binden, bevor die jetzt in Europa erörterten Pläne in konkreter Form abgestimmt werden könnten. Die Entscheidung der Washingtoner Regierung werde von der Durchführbarkeit und der Wirksamkeit des deutschen Planes auf die vitalen Interessen abhängen. In der Frage der Alliierten Schulden an Amerika beharre die neue Regierung vollkommen auf dem Standpunkt, daß diese Schulden fundiert werden müßten.

Der ungeladene Gast.

Paris, 17. August. Peinacé wird am 2. September in Trezier anlässlich einer Manifestation zu Ehren Renans das Wort ergreifen. Die Urheber dieser geplanten Kundgebung, die einem republikanischen Verband angehören, sind der Ere Nouvelle zufolge von der sich selbst eingeladen hat, wenig erbau und beabsichtigen sich nicht nur von der Manifestation fernzuhalten, sondern sogar eine Gegenkundgebung gegen den Ministerpräsidenten und seine Begleiter zu unternehmen.

Baden.

Patriotische Feiertage.

Der 11. August, als Gedenktag der Verfassung des neuen deutschen Reiches, ist vorüber. Zum ersten Mal wurde er als patriotischer Feiertag begangen. An vielen Orten, insbesondere auf dem Lande, merkte man nicht viel vom Feiertag. Und wenn wir Zuschriften, die an uns gelangt sind, glauben dürfen, ist der 11. August als Feiertag weit davon entfernt, vollständig zu sein. Das ist nicht unüberwindlich: einmal kann das neue deutsche Reich naturgemäß nicht mit glänzenden Erfolgen antworten, die zu feiern wären; denn die große Not im Besonderen des verlorenen Krieges wirkt auf alles ein, schwarzen Schatten und läßt auch in ernsten Leuten eine Feststimmung schwer aufkommen. Die bisherige Lätigkeit der deutschen Republik bestand zu einem großen Teil in der leider selten erfolgreichen Abwehr neuer Gefahren. Die wirtschaftliche Lage ist schlechter und schlechter geworden. Nur zu einem kleinen Teil bestimmen wir Deutsche im Reich unsere Geschicke selber; zum größten Teil ist unser Schicksal abhängig von robusten Politikern, die den Schicksal des Krieges in die Gegenwart und Zukunft hineinragen. Das alles erlaubt keine Feststimmung. Und nun gibt es dazu noch genug Feiertage in allen politischen Lagern, die tödlich genug sind, alle die schlechten unfreundlichen Verhältnisse der neuen Verfassung bzw. der Republik zuzuschreiben. Und man darf die Macht der Dummheit nie unterschätzen, besonders wenn sie von der Gemessenlosigkeit mißbraucht wird. Und das ist heute sehr vielfach der Fall. Obwohl Kronprinz Rupprecht von Bayern einmal erklärt hat, solange die Verhältnisse so trübselig seien, wie gegenwärtig, sei an die Monarchie nicht zu denken, empfehligeren gewisse allzu einfache Geister, unterstellt und getrieben von gewissen schlauen Hebern, immer wieder mit der alten guten Zeit vor 1914, wo nach ihrer Meinung nicht bloß der Rimburger Käse billiger war als heute, sondern auch jeder Bürger in Ruhe und Frieden unter der Monarchie leben konnte. Diese Verweisselungen, die allerdings nichts wert ist, wird man diesen Geistes nicht als solche erweisen können, weil sie für Laotischen einfach nicht zugänglich sind und im Denken ebenso die Bewusstheit und Gemächlichkeit lieben, wie in ihrem kühnen Tun und weil sie sich überhaupt nicht durch klares Denken, sondern nur durch ihr Gefühl, das heute keine angenehmen Anreizen hat, bestimmen lassen. Diese Leute haben sich nicht, was jedem Geschichtskundigen zu nahe liegt: Wir heutigen Menschen haben kein Recht zu verlangen, daß es uns besser geht, als unsern Vorfahren vor über 100 Jahren, die in den Krieges- und Hungerjahren der Befreiungskämpfe und nachher das allerarmste Leben führten. Nicht anders war es in der Zeit des siebenjährigen Kriegs und anlässlich der französischen Raubzüge oder gar in und nach dem Napoleonischen Krieg. Ein Volk, das die moralische Kraft nicht hat, solche Zeiten des Glanzes und der Armut mit seinem Willen zu überwinden und durchzuhalten, bis die Sonne wieder aufgeht, verdient den Untergang. Ein Volk, das die Schuld immer bei andern sucht und heute die Monarchie, morgen die Republik und das Parlament anflucht und jammert und heult, während es alle Kraft auf den Willen setzen sollte, sich allen Widermärtigkeiten zum Trotz zu erheben, verdient nur Verachtung. Nur durch diesen Willen hat das schwer und oft heimgesuchte deutsche Volk sich heute durchzukämpfen und immer wieder olanzende Zeiten erlebt und wird sie nach unserer Ueberzeugung trotz aller Schwierigkeiten von heute wieder erleben. Nur darf kein Verstand und kein Einzelner glauben, gerade er dürfe sich von den Opfern freimachen, die die Gesamtheit nun einmal bringen muß. Nicht oft genug kann es wiederholt werden, daß uns heute nur zu helfen ist, wenn das Bewußtsein „Einer für alle und alle für einen“ alle Stände und Gruppen und jeden Einzelnen durchdringt. Alle Heulerei und alle Kritik, selbst die bedauerliche Kritik am neuesten patriotischen Feiertag, am 11. August, nützt uns gar nichts, wenn wir nicht den Mut zur Opferthat haben und zwar jeder Einzelne wie alle Vernünftige.

Der 11. August noch eines! Die patriotische Feiertage tun es nicht, obwohl der heilige nationale Staatsbürger an solchen Tagen dieses lernen könnte, wenn er sie recht benützte. Besinnlichkeit achtet aber nicht zu den Tugenden der heutigen Zeit. Es gibt eine Jugend, die sie wieder plant, wenn auch ein großer Teil nur Nichtiges treibt. Aber in einem haben die Kritiker des neuesten patriotischen Feiertags recht: Feiertage lassen sich nicht komponieren; man muß mit dem Herzen dabei sein. Und darum wären wir der Meinung, man solle es auch in der Republik mit den patriotischen Feiertagen nicht anders halten als früher in der Monarchie. Mit andern Worten: wir brauchen patriotische Feiertage auch in der Republik. Aber wir sollten sie nicht erwinen. Es genügt, wenn die Schulen fest geben, die Behörden ihre Räume säubern; die Arbeiter werden meist den Feiertag der Republik auch mitfeiern wollen, also gebe man ihnen Gelegenheiten dazu. Ueberhaupt soll jeder die Zeit dazu bekommen, den Tag feiern zu können. In eigentlichen Feiertagen soll wie früher auf die Bedeutung des Tages hinabgewiesen werden. Aber nur an diesem Tag arbeiten und nicht feiern will, dem soll das auch früher, unbenommen bleiben; denn auch die Geburtstage des Kaisers und der Landesherren wurden früher so gefeiert. Zu viel kommandieren und reglementieren darf man an diesen Tagen nicht, wenn nicht ein gewisser Teil des Volkes ganz den Gedank an patriotischen Feiertagen verlieren soll.

Die Krise des Ab. (Eingel.) den Löwenmächten nicht nur von den von Durich, sondern auch von den Worten des Herrn Otto K. handhabte die gegenwärtige Richtung hin strengen bedürftig zu vermeiden. über die am 17. des Janners das Vertreter des des Janners und sprechen erleben des bodigen des Eingehandes Man dürfe als in den Tagesarbeit eine Ueberdrück hoffen. Von Seiten der Reichsregierung eine Grundbesitz, bestehende Mülh hin ihren Herrgüter, deren dadurch ein siebenjähriger lauten und Grundbesitz ererbte, während Dies habe zu einer Teilteile gegen nachdrate unter der Hauptgemeine größere Besessenen sein vom Reichs und so bleibe die über, als zur Bedingungen der Passierten. Die Stellung zu beauftragte einvernehmlichen Maßnahmen Wohlstand der an den den Parlamenten Verhandlung und Abstimmung Punkt Arbeit im Interesse (sprechen. Ferner rufe die Preussensienster durch die Minister durchgehen werden sich in die Einzelheiten dieser befassen haben. lammer Karlstruß Steuerpflicht des im zum Vortrag behaltene Finanzfragen konnte nicht in später Steuere...

Der 11. August noch eines! Die patriotische Feiertage tun es nicht, obwohl der heilige nationale Staatsbürger an solchen Tagen dieses lernen könnte, wenn er sie recht benützte. Besinnlichkeit achtet aber nicht zu den Tugenden der heutigen Zeit. Es gibt eine Jugend, die sie wieder plant, wenn auch ein großer Teil nur Nichtiges treibt. Aber in einem haben die Kritiker des neuesten patriotischen Feiertags recht: Feiertage lassen sich nicht komponieren; man muß mit dem Herzen dabei sein. Und darum wären wir der Meinung, man solle es auch in der Republik mit den patriotischen Feiertagen nicht anders halten als früher in der Monarchie. Mit andern Worten: wir brauchen patriotische Feiertage auch in der Republik. Aber wir sollten sie nicht erwinen. Es genügt, wenn die Schulen fest geben, die Behörden ihre Räume säubern; die Arbeiter werden meist den Feiertag der Republik auch mitfeiern wollen, also gebe man ihnen Gelegenheiten dazu. Ueberhaupt soll jeder die Zeit dazu bekommen, den Tag feiern zu können. In eigentlichen Feiertagen soll wie früher auf die Bedeutung des Tages hinabgewiesen werden. Aber nur an diesem Tag arbeiten und nicht feiern will, dem soll das auch früher, unbenommen bleiben; denn auch die Geburtstage des Kaisers und der Landesherren wurden früher so gefeiert. Zu viel kommandieren und reglementieren darf man an diesen Tagen nicht, wenn nicht ein gewisser Teil des Volkes ganz den Gedank an patriotischen Feiertagen verlieren soll.

Der 11. August noch eines! Die patriotische Feiertage tun es nicht, obwohl der heilige nationale Staatsbürger an solchen Tagen dieses lernen könnte, wenn er sie recht benützte. Besinnlichkeit achtet aber nicht zu den Tugenden der heutigen Zeit. Es gibt eine Jugend, die sie wieder plant, wenn auch ein großer Teil nur Nichtiges treibt. Aber in einem haben die Kritiker des neuesten patriotischen Feiertags recht: Feiertage lassen sich nicht komponieren; man muß mit dem Herzen dabei sein. Und darum wären wir der Meinung, man solle es auch in der Republik mit den patriotischen Feiertagen nicht anders halten als früher in der Monarchie. Mit andern Worten: wir brauchen patriotische Feiertage auch in der Republik. Aber wir sollten sie nicht erwinen. Es genügt, wenn die Schulen fest geben, die Behörden ihre Räume säubern; die Arbeiter werden meist den Feiertag der Republik auch mitfeiern wollen, also gebe man ihnen Gelegenheiten dazu. Ueberhaupt soll jeder die Zeit dazu bekommen, den Tag feiern zu können. In eigentlichen Feiertagen soll wie früher auf die Bedeutung des Tages hinabgewiesen werden. Aber nur an diesem Tag arbeiten und nicht feiern will, dem soll das auch früher, unbenommen bleiben; denn auch die Geburtstage des Kaisers und der Landesherren wurden früher so gefeiert. Zu viel kommandieren und reglementieren darf man an diesen Tagen nicht, wenn nicht ein gewisser Teil des Volkes ganz den Gedank an patriotischen Feiertagen verlieren soll.

und die Feste mitgefieiert, je Das ist unsere stammt.

Erhöhung der zuständigen den 18. August des Strafenbeding durch die getrennte Lohnbeiters hat sich um 740 Prozent in den bisherigen bei Neufestsetzung für die jüdische Arbeit war. Da mit daß ab 15. 8. 2. ähnlichen Verhältnissen war eine sofortiger forderlich, sofern baden nicht ins den eingetretener der Preis für den werden müßen. außerordentliche Ueberangestrichen kein Anseh, darunter Erhebung, die 100 000 M. für räumung des Tation, Stadtrat zu gestellt, daß die gegenüber den einem sehr ab haben weitere e Geschichtswelt, e die beteiligten z dazu Stellung z

Die Karte einer fürlich ist solution: A Milchhandel befi händlergenossenfdruck, daß trotz d deleberatororganis der Notlage des nicht gezeit, obm ist. Es ist kein Karlsruher Milchwirtschaftliche Mißgeschickten Miß Stundenlohn meiß geführt durch der Ermerbsloher über sich feiner stellen. Der Kon Schritte zur Wess auch ohne Wess Kleinhandelsverkau des Spanne handelsprets in de fahren hat.

Die Krise des Ab. (Eingel.) den Löwenmächten nicht nur von den von Durich, sondern auch von den Worten des Herrn Otto K. handhabte die gegenwärtige Richtung hin strengen bedürftig zu vermeiden. über die am 17. des Janners das Vertreter des des Janners und sprechen erleben des bodigen des Eingehandes Man dürfe als in den Tagesarbeit eine Ueberdrück hoffen. Von Seiten der Reichsregierung eine Grundbesitz, bestehende Mülh hin ihren Herrgüter, deren dadurch ein siebenjähriger lauten und Grundbesitz ererbte, während Dies habe zu einer Teilteile gegen nachdrate unter der Hauptgemeine größere Besessenen sein vom Reichs und so bleibe die über, als zur Bedingungen der Passierten. Die Stellung zu beauftragte einvernehmlichen Maßnahmen Wohlstand der an den den Parlamenten Verhandlung und Abstimmung Punkt Arbeit im Interesse (sprechen. Ferner rufe die Preussensienster durch die Minister durchgehen werden sich in die Einzelheiten dieser befassen haben. lammer Karlstruß Steuerpflicht des im zum Vortrag behaltene Finanzfragen konnte nicht in später Steuere...

Der 11. August noch eines! Die patriotische Feiertage tun es nicht, obwohl der heilige nationale Staatsbürger an solchen Tagen dieses lernen könnte, wenn er sie recht benützte. Besinnlichkeit achtet aber nicht zu den Tugenden der heutigen Zeit. Es gibt eine Jugend, die sie wieder plant, wenn auch ein großer Teil nur Nichtiges treibt. Aber in einem haben die Kritiker des neuesten patriotischen Feiertags recht: Feiertage lassen sich nicht komponieren; man muß mit dem Herzen dabei sein. Und darum wären wir der Meinung, man solle es auch in der Republik mit den patriotischen Feiertagen nicht anders halten als früher in der Monarchie. Mit andern Worten: wir brauchen patriotische Feiertage auch in der Republik. Aber wir sollten sie nicht erwinen. Es genügt, wenn die Schulen fest geben, die Behörden ihre Räume säubern; die Arbeiter werden meist den Feiertag der Republik auch mitfeiern wollen, also gebe man ihnen Gelegenheiten dazu. Ueberhaupt soll jeder die Zeit dazu bekommen, den Tag feiern zu können. In eigentlichen Feiertagen soll wie früher auf die Bedeutung des Tages hinabgewiesen werden. Aber nur an diesem Tag arbeiten und nicht feiern will, dem soll das auch früher, unbenommen bleiben; denn auch die Geburtstage des Kaisers und der Landesherren wurden früher so gefeiert. Zu viel kommandieren und reglementieren darf man an diesen Tagen nicht, wenn nicht ein gewisser Teil des Volkes ganz den Gedank an patriotischen Feiertagen verlieren soll.

Die Krise des Ab. (Eingel.) den Löwenmächten nicht nur von den von Durich, sondern auch von den Worten des Herrn Otto K. handhabte die gegenwärtige Richtung hin strengen bedürftig zu vermeiden. über die am 17. des Janners das Vertreter des des Janners und sprechen erleben des bodigen des Eingehandes Man dürfe als in den Tagesarbeit eine Ueberdrück hoffen. Von Seiten der Reichsregierung eine Grundbesitz, bestehende Mülh hin ihren Herrgüter, deren dadurch ein siebenjähriger lauten und Grundbesitz ererbte, während Dies habe zu einer Teilteile gegen nachdrate unter der Hauptgemeine größere Besessenen sein vom Reichs und so bleibe die über, als zur Bedingungen der Passierten. Die Stellung zu beauftragte einvernehmlichen Maßnahmen Wohlstand der an den den Parlamenten Verhandlung und Abstimmung Punkt Arbeit im Interesse (sprechen. Ferner rufe die Preussensienster durch die Minister durchgehen werden sich in die Einzelheiten dieser befassen haben. lammer Karlstruß Steuerpflicht des im zum Vortrag behaltene Finanzfragen konnte nicht in später Steuere...

Der 11. August noch eines! Die patriotische Feiertage tun es nicht, obwohl der heilige nationale Staatsbürger an solchen Tagen dieses lernen könnte, wenn er sie recht benützte. Besinnlichkeit achtet aber nicht zu den Tugenden der heutigen Zeit. Es gibt eine Jugend, die sie wieder plant, wenn auch ein großer Teil nur Nichtiges treibt. Aber in einem haben die Kritiker des neuesten patriotischen Feiertags recht: Feiertage lassen sich nicht komponieren; man muß mit dem Herzen dabei sein. Und darum wären wir der Meinung, man solle es auch in der Republik mit den patriotischen Feiertagen nicht anders halten als früher in der Monarchie. Mit andern Worten: wir brauchen patriotische Feiertage auch in der Republik. Aber wir sollten sie nicht erwinen. Es genügt, wenn die Schulen fest geben, die Behörden ihre Räume säubern; die Arbeiter werden meist den Feiertag der Republik auch mitfeiern wollen, also gebe man ihnen Gelegenheiten dazu. Ueberhaupt soll jeder die Zeit dazu bekommen, den Tag feiern zu können. In eigentlichen Feiertagen soll wie früher auf die Bedeutung des Tages hinabgewiesen werden. Aber nur an diesem Tag arbeiten und nicht feiern will, dem soll das auch früher, unbenommen bleiben; denn auch die Geburtstage des Kaisers und der Landesherren wurden früher so gefeiert. Zu viel kommandieren und reglementieren darf man an diesen Tagen nicht, wenn nicht ein gewisser Teil des Volkes ganz den Gedank an patriotischen Feiertagen verlieren soll.

Der 11. August noch eines! Die patriotische Feiertage tun es nicht, obwohl der heilige nationale Staatsbürger an solchen Tagen dieses lernen könnte, wenn er sie recht benützte. Besinnlichkeit achtet aber nicht zu den Tugenden der heutigen Zeit. Es gibt eine Jugend, die sie wieder plant, wenn auch ein großer Teil nur Nichtiges treibt. Aber in einem haben die Kritiker des neuesten patriotischen Feiertags recht: Feiertage lassen sich nicht komponieren; man muß mit dem Herzen dabei sein. Und darum wären wir der Meinung, man solle es auch in der Republik mit den patriotischen Feiertagen nicht anders halten als früher in der Monarchie. Mit andern Worten: wir brauchen patriotische Feiertage auch in der Republik. Aber wir sollten sie nicht erwinen. Es genügt, wenn die Schulen fest geben, die Behörden ihre Räume säubern; die Arbeiter werden meist den Feiertag der Republik auch mitfeiern wollen, also gebe man ihnen Gelegenheiten dazu. Ueberhaupt soll jeder die Zeit dazu bekommen, den Tag feiern zu können. In eigentlichen Feiertagen soll wie früher auf die Bedeutung des Tages hinabgewiesen werden. Aber nur an diesem Tag arbeiten und nicht feiern will, dem soll das auch früher, unbenommen bleiben; denn auch die Geburtstage des Kaisers und der Landesherren wurden früher so gefeiert. Zu viel kommandieren und reglementieren darf man an diesen Tagen nicht, wenn nicht ein gewisser Teil des Volkes ganz den Gedank an patriotischen Feiertagen verlieren soll.

Cast. wird am 2. September Station zu Ehren Die Urheber dieser republikanischen Welle zufolge von der Polnische, der mens erhalt und be-Manifestation ferzug-egenunggebung id eine Begleiter zu

und die Feste werden um so eher mit dem Herzen mitgefiebert, je weniger ein Zwang dazu verpfichtet. Das ist unsere Meinung, die aus der Erfahrung stammt.

Karlsruhe.

Erhöhung des Straßenbahntarifs. Durch Beschluß der zuständigen städt. Körperschaften tritt am Samstag, den 18. August 1923, die schon veröffentlichte Erhöhung des Straßenbahntarifs in Kraft. Diese Erhöhung ist bedingt durch die ab 1. August d. J. für die Arbeiter eingetretene Lohnerhöhung. Der Spitzenlohn des städt. Arbeiters hat sich gegenüber dem Stande vom 31. Juli d. J. um 740 Prozent erhöht. Hiermit sind bereits 172 Proz. in den bisherigen Straßenbahntarif eingerechnet, jedoch bei Neuverteilung des Tarifs eine Erhöhung der Löhne für die städt. Arbeiter um 578 Prozent zu berücksichtigen war. Da mit Sicherheit damit gerechnet werden muß, daß ab 15. 8. 23 eine Erhöhung der Beamtenegehälter im ähnlichen Verhältnis wie bei den Arbeitern eintritt, so war eine sofortige Erhöhung des Straßenbahntarifs erforderlich, sofern man das tägliche Defizit der Straßenbahn nicht ins Ungemessene steigen lassen wollte. Nach den eingetretene Lohnerhöhung und Gehaltssteigerungen hätte der Preis für 5 Teilstrecken auf 100.000 M. festgesetzt werden müssen. Mit Rücksicht aber auf diese notwendige außerordentliche Erhöhung glaubte der Stadtrat einen Ueberangestrichen schaffen zu müssen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß im Laufe der nächsten Woche eine weitere Erhöhung des Tarifs und zwar mindestens auf 100.000 M. für 5 Teilstrecken erfolgen muß. Bei Beratung des Tarifs in den städt. Kollegien (Vahnlommision, Stadtrat und Stadtvorordnetenrat) wurde festgestellt, daß die Straßenbahn der Stadt Karlsruhe gegenüber den Straßenbahnen in anderen Städten in einem sehr guten Zustande sich befindet. Jedemfalls haben weitere Kreise der Bürgererschaft, insbesondere die Geschäftswelt, ein großes Interesse an dieser Frage und die beteiligten Kreise sollten nicht veräumen, rechtzeitig dazu Stellung zu nehmen.

Die Karlsruher Milchhändlergenossenschaft sollte in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung folgende Resolution: Die Notlage, in der sich der Karlsruher Milchhandel befindet, führt heute die Mitglieder der Milchhändlergenossenschaft an. Es kam dabei zum Ausdruck, daß trotz der verschiedenen Hinweise der Milchhändlergenossenschaft die maßgebenden Stellen bis jetzt der Notlage des Milchhandels gegenüber wenig Verständnis gezeigt, obwohl ihnen die Lage des Handels bekannt ist. Es ist kein leeres Wort, wenn gesagt wird, der Karlsruher Milchhandel steht vor dem Ruin. Zum Beweise ist gesagt, daß der Tagesbedarf an Milch eines vollbeschäftigten Milchhändlers nicht viel mehr als ein Stundlohn beträgt. Und noch besser wird der Beweis geführt durch die Tatsache, daß sich Milchhändler bei der Erwerbserlöse-Forderung gemeldet haben. Daraus geht hervor, daß der Milchhandel der Stadt Karlsruhe gegenwärtig sich in einer sehr bedauerlichen Lage befindet. Der Karlsruher Milchhandel fordert unverzüglich Schritte zur Beseitigung seiner Lage. Er ist der Ansicht, daß auch ohne wesentliche Erhöhung des Verkaufspreises der Milchhandelsaufschlag annehmen erhöht werden kann, nachdem die Spanne zwischen Erzeuger und Milchhandelspreis in der letzten Zeit eine weitere Erhöhung erfahren hat.

Die Ortsgruppe Karlsruhe der Landeszentrale des Bad. Einzelhandels hatte für Dienstagabend in der 'Bismarck' eine Versammlung einberufen, die nicht nur von den Karlsruher Milchhändlern, sondern auch von Durlach, Ettlingen, Bruchsal und Weiten anwesend war. Nach kurzen Begrüßungsreden des Vorsitzenden der Ortsgruppe Karlsruhe, Herrn Otto Krennlich, erläuterte Herr Verbandsschreiber Steinle ein längeres Referat über die gegenwärtige Lage des Einzelhandels, die nach jeder Richtung hin äußerster Aufmerksamkeit und Anstrengungen bedürftig, um einen völligen Zusammenbruch zu vermeiden. Der Redner gab einen kurzen Überblick über die am vergangenen Donnerstag im Ministerium des Innern stattgefundenen Verhandlungen von führenden Vertretern des Einzelhandels mit dem Herrn Minister des Innern und den zuständigen Referenten, welche Verhandlungen erheben sich, daß die letzten Verhandlungen des badischen Inneministeriums der schwierigen Lage des Einzelhandels volles Verständnis entgegenbringen. Man dürfe als Ergebnis der Verhandlung — über die in den Tagesberichten schon ausführlich berichtet wurde — eine Ueberbrückung bisher bestandener Gegensätze erhoffen. Von besonderer Wichtigkeit sei das Angebotsbuch der Preisvereinbarung in den Schaufenstern durch eine Grundbesitz, die mit einem je nach dem Wert wechselnden Multiplikator zu vervielfachen ist. Weiterhin sprach Herr Verbandsschreiber Steinle über die außerordentlichen Schwierigkeiten, die dem Einzelhandel dadurch entstehen, daß einzelne Teile unserer Wirtschaft (Fabrikanten und Lieferanten) die Preisstellung auf der Grundlage einer arbeitslosen Währung vornehmen dürfen, während dem Einzelhandel gleiches verboten ist. Dies habe zu einer Diktatur der Lieferantenpartelle gegenüber dem Einzelhandel geführt, die nachgerade unträglich werde. Entsprechende Anträge der Hausgemeinschaft des badischen Einzelhandels um größere Preisvereinbarung auch für den Einzelhandel seien vom Reichswirtschaftsrat glatt abgelehnt worden, und so bleibe dem Einzelhandel nunmehr nicht weiter übrig, als zur Selbsthilfe gegenüber den rigorosen Konditionen der Fabrikanten und Lieferantenpartelle zu schreiten. Die Versammlung beschloß, die Verhandlung zu beauftragen, in welchem die Gesamtländerverband einzuberufen, um in diesem Gremium die weiteren Maßnahmen durchzuführen und eventuell einen Antrag an die Reichswirtschaftsministerien einbringen. Der Verbandstung wurde unter allgemeiner lebhafter Zustimmung Dank und Anerkennung für ihre tatkräftige Arbeit im Interesse des gesamten Einzelhandels ausgesprochen. Ferner wurde beschlossen, im Bezirk Karlsruhe die Preisvereinbarung der Waren in den Schaufenstern durch Grundbesitz mit gemeinsamen Multiplikator durchzuführen. Die einzelnen Fachgruppen werden sich in den nächsten Tagen mit den technischen Einzelheiten dieses neuen Preisvereinbarungssystems zu befassen haben. Ein von Herrn Dr. Koch (Handelskammer Karlsruhe) ausgearbeitetes Referat über die Steuerpflicht des Einzelhandels im Hinblick das weitere zum Vortrag kam, fand großes Interesse und sehr reichliche Aufnahme. Nach Erledigung diverser Anfragen konnte die Versammlung Johann von Weizsäcker in später Stunde geschlossen werden.

Das bekannte Kaffee Wauer öffnet heute Samstag nach mehrwöchiger Pause wieder seine Pforten. Der Herr E. Wauer hat trotz der fortwährenden Erzeugung keine Kosten gescheut, sein beliebtes Lokal in der kurzen Ferienzeit aufzuräumen und den Namen eine schickliche und vornehme Ausstattung zu geben. Der kelle Grundton des vorderen Teiles bildet einen wirksamen Kontrast zu der in dunklerer Töne gehaltenen Aufmachung der zwei hinteren Teile und Spielfläche. Die Aufbringung der Arbeiten ist in den 5 wählenden Händen der hiesigen Malerfirmen Wilhelm Wisand und Karl Oberle, die hiermit wieder eine schöne Probe Karlsruher Handwerkskunst ablegten. Die vorzügliche Kunstfertigkeit

unter der künstlerischen Leitung ihres Direktors Dolezel wird auch nach der Eröffnung durch gute Musik die Gäste erfreuen. Es ist zu wünschen, daß das Publikum auch jetzt wieder hier vorpreden wird und seine Anhänglichkeit durch regen Zuspruch zeigt. Gerade in dieser Zeit wendet man sich lieber den alten bekannten Lokalen zu, wo man gut aufgehoben ist und für Stunden angenehme Zerstreuung findet. Für die langen Wintermonate muß das Kaffee gar manchem ein Heim ersetzen und dafür bürgt der Name Kaffee Wauer. (Siehe die Anzeige).

Die hohen Fleischpreise. Die heutigen halb unerschwinglich hohen Fleischpreise sind, wie die allgemeine Meinung, in erster Linie eine Folge der Geldentwertung. Dies zeigt sich deutlich an den Preisen für Geflügelfleisch, welches bisher immer billiger war als frisches Fleisch. Anfang der Woche aber schon im Einkauf eine halbe Million Mark das Pfund kostete. Es liegt ja auf der Hand, daß der Besitzer von Schlachtwieh welches bei der Unbekendtheit des Geldes nur abgibt, wenn er Notwendigkeiten der Darmtätigkeit bedarf. Ein regelrechter Viehmarktverkehr der preisregulierend wirken könnte, kommt daher auch kaum mehr zustande, die Vieher sind vielmehr gezwungen, den Händlern das wenige Schlachtoch, das zur Verfügung steht, wie und wann sie es sammeln, abzugeben. Auch bei der schärfsten Ueberwachung ist es unter diesen Umständen nicht immer möglich, Preisstreberei und Wucherhandel zu verhindern. Die Fleischversorgung ist aber heute auch noch durch die Schwierigkeit der Beschaffung der erforderlichen Schlachttiere gefährdet. Wichtig ist z. B., daß am 24. 7. 23 ein Durchschnittspreis für 10 Rinder Vorkaufsumme nach mit einem Betriebskapital von etwa 55 Mill. M. auskommen konnte, während heute dasselbe Geschäft anfangs dieser Woche ein solches von mindestens 870 Millionen Mark benötigte. Die Fleischversorgung erfolgt jenseits unter gewöhnlicher Nachfrage des städt. Viehwirtschaftsamt des Schlacht- und Viehhofamts und des Bezirksamts.

Städt. Konzerthaus. Heute, Samstagabend, findet eine Wiederholung der Operette 'Wenn Liebe erwacht' im Konzerthaus statt. Es gastieren als 'Nella beim Vater' ebenfalls wieder Lotte Lange-Balte und Opernsänger Karl Heinz Böser von hier. Morgen, Sonntag, ist nur eine Vorstellung und zwar gelangt abends halb 8 Uhr die Operette 'Wenn Liebe erwacht' zur Wiederholung. Montag und Dienstag wird die Operette 'Wenn Liebe erwacht' gegeben. Als nächste Operettenneuheit wird 'Kolja, die Tängerin' von Gilbert vorbereitet. — Es wird bereits heute darauf hingewiesen, daß die Spielzeit nur noch kurze Zeit währt und daher von den einzelnen Operetten nur einige Aufführungen stattfinden können.

Stadtparkkonzerte. Auf das heute Samstagabend im Stadtpark beim Schwarzwalddomhaus von 8-11 Uhr stattfindende Konzert der Vereinigung bad. Volkstümlicher ist besonders hingewiesen. Morgen Sonntag finden im Stadtpark 3 Konzerte statt. Sämtliche drei bestreitet die Feuerwehrkapelle. Die Konzertzeiten sind die üblichen; das Freikoncert wird gespielt von 11-12 Uhr beim Schwarzwalddomhaus, das Nachmittagskonzert im nördlichen Teil bei der Festhalle von 14-6 Uhr und das Abendkonzert wieder beim Schwarzwalddomhaus von 8-11 Uhr. Die vorgesehenen Programme bieten ausgwählt Gutes, insbesondere ist die Klaviertechnik der Konzertisten. Der Besuch verpricht ein angenehmes Sonntag. Am nächsten Montagabend von 8-11 Uhr konzertiert der Musikverein Karlsruhe im hinteren Stadtpark beim Schwarzwalddomhaus.

Städtisches Rathaus. Unter Bezugnahme auf die im Angezeigte befindliche Bekanntmachung wird uns mitgeteilt, daß die neuen Grundstücke der Stadt Karlsruhe zu 500.000 M. vor einigen Tagen in den Verkehr gebracht worden sind. Derselben befinden aus Wertgegenstände. Größe 9 X 15 Zentimeter, sind vierfarbig (weiß gelb, grau und schwarz) und tragen auf der Vorderseite die Scheinnummern, den Kreislauf und die Stadtmappen, sowie in der rechten unteren Ecke die Unterschrift des Oberbürgermeisters Dr. F. H. Müller. Auf der Rückseite der Grundstücke sind in den vier Ecken der ehem. Gotische Turm, das ehem. Kapuziner Palast, Durlacher Tor und Ettlinger Tor dargestellt. Alle

städtischen Kassen nehmen diese Scheine in Zahlung. Zur Einlösung werden dieselben j. B. in den Karlsruher Kassensammlungen aufbewahrt.

Selbstmord. Am 16./17. ds. Mts. hat in ihrer Wohnung in der Südweststadt eine 62 Jahre alte Witwe aus Schwermut durch Erhängen Selbstmord begangen.

Taschendiebstahl. Am 16. ds. Mts. wurde im hiesigen Hauptbahnhof im Gedränge einer Frau aus ihrer Handtasche 3 Mill. Mark von unbekanntem Täter entwendet.

Die Waidmühlerei brachte einen Buchdrucker wegen übermäßiger Preissteigerung mit Eiern zur Anzeige.

Handel — Wirtschaft — Verkehr

Table with exchange rates and prices for various goods. Columns include 'Ohne Gewähr!', 'Frankfurt', and 'Ohne Gewähr!'. Rows list items like 'Bad. Bank', 'Darmst. Bank', 'Deutsche Bank', etc., with corresponding prices.

Berlin.

Table with exchange rates and prices for various goods in Berlin. Columns include '15. 8. 23', '17. 8. 23', and '15. 8. 23 17. 8. 23'. Rows list items like 'Hapag', 'Lloyd', 'Dresd. Bank', etc., with corresponding prices.

Sechshunddreißigfache Lohn-erhöhung in einem halben Monat!

Die Druckereien erhalten heute telegraphisch die Mitteilung, daß gestern ein Wochenlohn von 36 1/2 Millionen Mark als Spitzenlohn der Buchdrucker für die kommende Woche in Berlin vereinbart worden ist. Da der Lohn in der Woche vom 28. Juli zum 3. August auf eine Million festgelegt worden war, so beträgt die

Steigerung des sechshunddreißigfachen. In ganz ähnlicher Weise ist der Papierpreis inwärtigen anzuheben. Ein Mannon Zeitungspreis, der im Frühen 2000 Mark, Ende Juli 250 Millionen Mark kostete, ist inzwischen auf 2 1/2 Milliarden gestiegen. Das ist ebenfalls mehr als das dreißigfache.

Wenn die Zeitungen ihren Preispreis inwärtigen anzuheben annehmen wollten, so müßten sie den Preis also noch mindestens verdreifachen, das heißt, da der Preispreis für die erste Monatsfrist auf 40.000 Mark festgesetzt worden war, auf 1 1/2 Millionen Mark anzuheben. In der Tat hat die Mehrheit der Berliner Wäcker bereits einen Preiserhöhung von 2 1/2 Millionen Mark angedeutet. Die wäckerberühmten Zeitungen sind schon in der vergangenen Woche dem Uebergeben, einen wäckerberühmten Preis von 240.000 Mark zu erheben, der in den meisten Anzeigenkreisen weitere Steigerungen erfahren wird. Wenn demgegenüber die Karlsruher Zeitungen ihren Bezugspreis nicht zu verdreifachen, nur auf 420.000 Mark verdreifachen,

so können sie dabei nur ein Drittel der Anstößigensteigerung wieder einhalten. Die Karlsruher Zeitungen gehen dabei von der Auffassung aus, daß in den heutigen Zeiten es keinen Menschen, der auch nur ein klein wenig mit seiner Zeit leben will, möglich ist, ohne eine Zeitung anzuheben, die ihn in diesen unruhigen Zeiten nicht über den Kopf und mittrauenbe Nachrichten auf allen Gebieten unterrichtet, von denen sein persönliches Schicksal abhängt.

Wenn die Karlsruher Zeitungen durch wäckerliche Anheben der Preispreise anzuheben wollen, daß die Teil der Leser auf die Lebensnotwendigkeit der Zeitungen Nachrichtenkreise verlassen muß, so dürfen sie nicht auf der anderen Seite auch vorsetzen, daß die Leser für diesen Preis mehr annehmen. Die Zeitungen sind aus der Erkenntnis, daß sie, was die Zeitungen in den gegenwärtigen Zeiten für sie bedeutet, bereitwillig und

fort den erheben Abonnementsbesten zahlen. Mir bitten demnach den Lesern anzuheben zu lassen und zu Trägern sein, wenn es ihnen anzuheben zu lassen, so werden sie im Hinblick auf die nicht höherer Lohn- und Rohstoffkosten und die Zeitungen nicht in der Lage, ihren Abonnenten auch nur einen Teil davon zu zahlen.

Table with exchange rates for various currencies. Columns include 'Amst. 17. 8. 23', 'Berl. 17. 8. 23', 'Holl. 17. 8. 23', etc. Rows list cities like 'Amsterdam', 'Berlin', 'Holland', etc., with corresponding exchange rates.

Large advertisement for 'Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches'. The text describes the benefits of the loan, including a 100% return and 95% interest. It includes a table of exchange rates for various currencies and a list of participating banks. The advertisement is framed with a decorative border.

Internationaler katholischer Kongress in Konstanz.

Der von der Internationalen katholischen Liga einberufene Kongress für friedliche Zusammenarbeit der Katholiken aller Länder wurde am Freitag mit einem feierlichen Begrüßungsabend eröffnet.

Als Präsidenten wurden gewählt hochw. Herr Kanonikus Hughes, Madrid, Don Vercesi, Mailand, Grafin Walterkirchen, Wien.

Als Präsidenten für die einzelnen Fachberatungen wurden gewählt für die Kommission der Friedensarbeit: Prälat Dr. Giechwein, Budapest.

Anschließend daran begrüßte S. S. Geistl. Rat Dr. Gröber von Konstanz den Kongress im Auftrag des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs von Freiburg.

Zum Schluß begrüßten noch Vertreter und Teilnehmer der einzelnen Staaten den Kongress. Mit einem Gebet „Omnes unum“ schloß die Versammlung.

Nach einem Gesamtbericht über die innere und äußere Entwicklung der internationalen katholischen Liga durch Herrn Generalsekretär R. Mayr, Graz.

Abends verammelten sich unter dem Vorsitz des S. S. R. Koppel, S. J., München und Professor Racroix, Paris, die deutschen und französischen Kongreßteilnehmer in einer Sonderberatung.

Die Beratungen des Sonntags wurden durch einen Festgottesdienst eröffnet, wobei S. S. Dr. Macé, Luxemburg und Prof. B. Carolli, Italien, in ihren Festpredigten in beneichernden Worten darauf hinwiesen.

In der öffentlichen Nachmittagsitzung legte Ritter v. Lama die grundlegenden Ausführungen von P. Gruber, S. J., Holland, dar, der persönlich am Erscheinen verhindert war.

An den zahlreichen Rundgebetungen der Päpste zeigte sodann der Redner, daß der einzige Weg zur Überwindung dieser Mächte der zielbewusste Ausbau einer internationalen katholischen Organisation ist.

Die beiden hiesigen Kirchengemeinden haben bei gemeinsamen Genuß durch die Firma Gebr. Wagner Karlsruhe je zwei neue Kirchengeländer erhalten.

Die im Juli auf 78 000 000 M. festgesetzte Höchstgrenze des versicherungspflichtigen Jahresarbeitsverdienstes wird voraussichtlich im Laufe des Monats geändert werden.

Die neuen Klassen gelten gleichfalls schon vom 1. August ab. Die Marken dieser Klassen sind vom 20. August ab bei den Postämtern zu haben.

Die im Juli auf 78 000 000 M. festgesetzte Höchstgrenze des versicherungspflichtigen Jahresarbeitsverdienstes wird voraussichtlich im Laufe des Monats geändert werden.

Krieges und Völkerverhaßes der Abfall der Völker von Gott sei und schlug vor, es möchte eine neutrale Kommission gebildet werden, die die Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges in objektiver und unabhängiger Weise festzustellen würde.

In überaus tiefgründigen Darlegungen zeigte jodann Mar. Pfeiffer, Mailand, die grundlegenden Prinzipien der katholischen Friedensarbeit nach den Rundgebetungen der letzten Päpste.

Den glänzenden Abschluß des Tages bildete eine imposante Rundgebung des katholischen Konstanz im Festsaal St. Johann, die unter der Devise „Wir Katholiken und die päpstliche Friedensarbeit“ einberufen war.

Als Präsidenten für die einzelnen Fachberatungen wurden gewählt für die Kommission der Friedensarbeit: Prälat Dr. Giechwein, Budapest.

Aus dem sozialen Leben

Politik und religiös neutral.

Es wird uns geschrieben: Die freien Gewerkschaften, welche ihren Namen „frei“ eigentlich zu Anrecht führen, wollen bekanntlich politisch u. religiös neutral sein.

Allein Ansehen war dieses der wichtigste Antrag, der von der Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Allein Ansehen war dieses der wichtigste Antrag, der von der Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Nürnberg hieß das Landw. Lagerhaus Adelsheim seine diesjährige Generalversammlung ab. Vorstand Götz begrüßte die zahlreich erschienenen und übergab dem Vorsitz dem Vorstandsmitglied Landwirtschafter Käbber vom Verband landw. Genossenschaft Karlsruhe.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Die Karlsruher Verwaltungskommission des sog. Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart gelangte ist. Neben nicht sozialistisch denkenden Arbeiter sollten doch Angehörige dieser Kategorie die Augen aufheben.

Advertisement for soap and other products, including 'Seife' and 'Krautseife'.

Chronik.

Baden. Die beiden hiesigen Kirchengemeinden haben bei gemeinsamen Genuß durch die Firma Gebr. Wagner Karlsruhe je zwei neue Kirchengeländer erhalten.

Erhöhung der Reichsbahnpreise.

Vom 20. August 1923 ab werden die Fahrpreise der Reichsbahn auf das 20-fache erhöht.

Kirchliche Nachrichten.

Katholische Wissenschaft. Nachdem die großen Versammlungen der katholischen Gelehrten, einstens sowie beabsichtigt und so ausbrechend für die katholische Wissenschaft, schon lange nicht mehr abgehalten werden konnten.

Das Männlein im Walde.

Von Maria Bayer.

„Mutter, ich sperr' ein Scheible auf, ich glaub', es will anjange lenze!“ ruft der Bauer von der Ofenbank. „Gott, unser Bräunle läuft wieder und schon, da kommt auch der Samenmann mit seinem grünen Säckle's Tol' herauf!“

„Ja, Vater, sperr' du nur ein Scheible auf!“ antwortet die Bäuerin aus der Küche. Sie putzt die Hände an der Schürze ab, sie hat eben die letzten Nüssen aus dem Wintervorrat beigegeben, nun geht sie zur Kammertür und ruft hinein:

„Kinder, Kinder, steht auf, der Vater sagt, es will anjange lenze.“

„O Mutter, hoch einmal, o geh, laß uns denn den Sonntagbrod anlege, gell, ja, gell, wir dürre“, bettelt das kleine Maidele.

Die Mutter schüttelt den Kopf; o, das leichtsinnige Kind, denkt sie, das kann nie genug Sonn- und Feiertag haben im Leben, immer will's noch ein paar dazwischen machen, jetzt müßt es gleich wieder sein gutes, allerbestes Mädel anziehen!

„Ja, Mutter, geh, laß uns hoch!“ ruft jetzt der Bub, „laß uns, 's ist doch so ne Freud' und ein Fest, wenn's will anjange lenze!“

„Na, meinewegen!“ sagt die Mutter, „aber, aber“, sie droht mit dem Finger, „wenn ihr ein Fieckle oder ein Nüss in die schönen, neuen Sonntagkleider bringt, dann werd' ich böse! Ihr wißt, wo der St. Nikolaus die Besenrut hingesteckt hat!“

Die Kinder fürchten diese Drohung nicht; sie wissen es wohl, wo der St. Nikolaus die Besenrut hingesteckt, bleibt sie das ganze Jahr in guter Ruhe stehen, Vater und Mutter holen sie nie.

Nun schlüpfen sie mit Lachen in die schönen Kleider, in die weißen Strümpfe. Da ist es dem Maidele schon gleich ganz anders und nicht wie alltag, wenn es den langen blauen Rock mit der roten Borte anziehen darf, das Sammetkleidchen und das seidene Tuch, himmelblau ist es, mit eingewirkten roten Rosen, und Franzen sind daran. Wie wird es dem Maidele, wenn es in diese Pracht schlüpfen darf! Da wird ihm so froh zu Sinn, da müßt es in einem fort wieder singen, und da lacht es wie der jomigste Feiertag.

Und der Bub schlüpf gerade so gern in seine rote Weste und in den langen Rock mit den roten Aufschlägen, und wenn er dann noch den steifsten Stragen umknüpft, dann redt er den Hals und macht ein feierliches Gesicht, dann ist ihm, als dürte ihm feiner Meißel „Wibbe!“ sagen, als mühte ihn jeder jetzt für einen Mann ansehen.

Nun gehen sie in den schönen Sonntagkleidern Hand in Hand zur niederen Türe hinaus.

„Ja, Mutter, es regnet ja!“ ruft der Bub erschrocken.

„Nein, nein, es ist nur der Nebel, der runter kommt, bevor die Sonne hoch geht — wenn's der Vater doch gesagt hat, es jange an lenze!“

Dann ist es schon so, der Vater weiß es. Und der Toni holt den blauen Regenwurm aus dem „Kasche“, er ist so groß, daß die ganze Familie nur einen braucht, und spannt ihn auf, und jetzt gehen er und sein Schweigsternchen im Sonntagstaat den Berg hinauf und wollen schauen, ob der Frühling kommt.

Jetzt sperrt die Bäuerin drinnen in der Stube die Scheibe noch weiter auf und guckt den zwei nach. Sie muß lachen; der Toni, das ist einer, jetzt hat er Vaters Pfeife in den Mund gesteckt, dann kommt er sich groß vor, als sei er der Bauer. Da will das kleine Maidele auch gerne die Bäuerin spielen und nimmt den Rock hoch wie ein Großes. Die Bäuerin sieht zum Himmel auf und meint: „Wenn sie nur, jetzt auch hoch kommen müßt, die Sonn', und der liebe Lenz aus dem Tal unter Berge hinauf, schon den zwei Kindern zuliebe, die im Sonntagstaat ihm entgegenziehen.“

Der Toni hält den Schwanz hoch und das Maidele keinen langen Sonntagbrod. Der Nebel geht in Felsen nieder, und manchmal guckt die Sonne mit langen Strahlen durch die weißen Felsen.

„Noch wird sie mit Meißler!“ sagt der Toni, aber er macht doch schon seinen Schwanz zu. Der Wind geht durch die Tannen und Föhren, es ist, als ob die ein stridendlich jängen. Das Maidele sperrt den Rock höher und geht mit stillen freundlichem Gesichtchen durch all das Sturmbrause, der Wind singt laut hinein, noch lauter als die Bäume rauschen und schwenken sein schwarzes Gürtchen vor Lust.

Die Tannennadeln liegen nah und dunkel im Waldweg, und wie die Sonne höher rückt, leuchten die Wassertropfen in Quirl und Heden wie tausend Silberperlen. Witten im Waldweg, in einem kleinen, schwarzen Tümpel Wasser, steht ein großer, großer Pilz. So wunderbar ist er und leuchtet so rot, man denkt gleich, man ist in einem Märchenwald und schaut sich um nach dem Bienenkneipenhäuschen. Man meint, Koffäppchen und der Wolf oder Hängel und Grotel müßten des Weges kommen oder der Zwergkönig Pirkelchen, der das süße Märchen an Arme füttert.

„O, ichan nur, ichan, was für ein wunderlichs Männle dasteht!“ ruft das Christele beglückt und blickt sich auf den Boden nieder und freit sich das Männle ganz froh und sagt: „Was bist du für einer, ein Schönner, grad wie aus einem Wundergeschichtle steht da!“

Der Toni aber reißt eine Haselnußgarte am Wege ab und läßt sie über das rote Waldmännlein durch die Luft fliegen: „Soll ich?“

„O Toni, Toni, du wirst doch nicht das Männle zerdrücken wollen!“ ruft Christele erschrocken, „denn,

so ein Männle bringt ja Glück, sagt die Ahe.“ Und es breitet sein Röckchen aus und schüßt das bedrohte Männlein vor dem bösen Toni, und es redet eindringlich in den schüchternen Bruder hinein und sagt: „Denn, wenn er jetzt böse war' auf uns und brächt' uns kein Glück! Wir wollen's wieder gutmachen und ihm ein Liedle singen!“

Und das Maidele sperrt den Toni bei den Händen und macht mit ihm einen Ringelreihen um das Männlein und erhebt das dünne Stimmchen und singt dem Männlein sein Lied. Das gefällt dem schüchternen Toni auch, und er singt mit.

Die Sonne steigt höher, dort wandert ein Goldfächer rüstig über, da fliegt ein Schmetterling. Der Toni läuft dem Neuen nach und läßt das Männlein stehen.

„Gell, Männle, bist uns immer böse!“ sagt das Christele und läuft dem Toni nach; es muß dem Streikigen immer dicht zur Seite bleiben, es gibt so viele kleine Lehen vor ihm zu beschützen: Blumen, Käferchen und Gräschen. Es schaut nach einmal zurück und zwist den Toni am Rock.

„Schau, jetzt freut das Männle sich, daß es weiter leben darf, jetzt lacht es, daß der böse Toni an ihm vorbeigegangen ist!“

„O, du, es ist ja gar mit wahr“, rief der Toni, „es lacht doch gar mit!“

„Ja, sogar noch mehr als lachen tut es, ganz stolz steht es da, daß es so geehrt wurde, daß sie ein Lied von ihm und seinem purpurroten Mäntlein gesungen und umtanzt haben.“

Die Sonne steigt höher und küßt den Sträuchern und Gesträuchern die letzten Reibekropfen weg und bescheint alle so warm, als wollte sie sagen:

„Ihr lieben armen Kinderchen, da steht ihr nun alle in Tränen und zweifelt daran, daß ich komme, und seht, da bin ich schon! Und nun laß ich warm werden und rufe Blätter und Blüten und Gräser herbei!“

Alle verstehen, was die Sonne sagen will: das Eichhörnchen, die Mäuschen und die Vögel, das Lal und Gehirgsbächlein, der Wurm und der Maulwurf in der Erde; ein Wald- und ein Feldhase kommen mit ihrer ganzen Familie, die Papas machen tolle Kopfsprünge vor Freude und die Jungen tun es ihnen nach.

Der Toni und das Christele sind nun zusammen über den Berg hingegangen und rufen es der Mutter zu:

„Ja, ja, es jange an lenzen, Mutter, und die Sonn' wird Meißler!“

Dann helfen sie die letzten Nüssen vom Wintervorrat essen, vielleicht geht der Vater heute mittag schon mit dem Samenmädelchen übers Feld und sät neuen Samen aus.

Die Sonne ist inzwischen ganz „Meißler“ geworden. Die Kinder sitzen am Brunnenrand und fangen Richtigkechen, Goldbringe und Streifen, die die Sonne ins Wasser streut.

Oben im Wald geht es lustig zu. Die Sonne bescheint ein freies Näschen, daß es hell und warm daliegt.

„Gell, jetzt ist's schön, jetzt machen wir ein Frühlingstanz!“ ruft ein flottes Waldhäschen, und es führt eine Wanzell Feldhäschen und bringt mit ihr einen Hopfenwurz über das sonnige Fleckchen hin. Goldfächer kommen und machen einen Ringelreihen aus erste Gänseblümchen, Frösche quaken, Gräser zittern, Blümden sprechen, und die Sonne lacht.

„Nur immer munter, meine Herrschaften!“ ruft das flotte Häschen, „und nur nicht bange sein; hört, hört, der böse Toni spielt unten am Bräunle ein Längchen auf seiner Wasserpfeife auf; er, da können wir sein drauf tanzen und sind in guter Ruh' vor ihm!“

„Gell, wenn du jetzt fertig bist mit deinem Pfeife, dann komm' ich dran, dann darf ich ein Liedle singen — ich weiß schon welches!“ sagt's Christele und freut sich darauf.

Die Sonne scheint wärmer und wärmer, und allen ist so wohl; nur dem Männlein im Walde wird so weh, und es ist so durstig, es jange und trinkt, trinkt wie ein Fieberkrankes, trinkt den schwarzen Tümpel, in dem es aufgewachsen, bis zum letzten Tropfen leer. Und nun steht es da, gebückt und durstig, schaut so elend und so jämmerlich in all den Frühlingstanz. Die Sonne scheint warm auf es nieder und nirgends ein Tröpfchen zum Trinken! Sein breites Gesicht wird so schmal, so unerträglich wehmütig in die Ränge gezogen und falkta. Das Männlein steht ganz still und stumm und ist so alt geworden und so klein, sein Mäntlein von lauter Purpur hängt so falkta an ihm und so lang zur Erde nieder!

Der Toni pfeift so atell, und alles jubelt und tanzt auf der sonnigen Waldlichtung herum. Jetzt hört das Pfeifen mit einem lauten Triller auf, und es kommt ein Kinderlächel, ganz hell und sein den Berg herauf:

„Ein Männlein steht im Walde, ganz still und stumm, Es hat von lauter Purpur ein Mäntlein um.“ Sagt, wer mag das Männlein sein, Das da steht im Wald allein Mit dem purpurroten Mäntlein!“

Da lacht das Männlein: „Ah, ah, da kommt das Lied von mir und meinem purpurroten Mäntlein noch einmal zu mir, das wird mir wohl das liebe Kindlein schicken, das mir heute früh das Leben gerettet hat!“

Das Männlein lacht noch ein bißchen, und auf einmal sinkt es ganz in sich zusammen. — O, nun steht kein Männlein mehr im Walde!

England nach dem Kriege.

Folgender Abschnitt ist entnommen dem letzten erschienenen Werk: „England nach dem Kriege“ von Dr. Werner Pöhl, mit Einverständnis des Verlags Josef Kösel und Friedrich Pustet S. G. München und Stuttgart.

So vollzog sich die Einreise in das Land des Kriegsgenegers äußerlich und innerlich verhältnismäßig heimmungslos. Und während ich durch das abendliche Kent fuhr, das mit seinen heidenumzäunten, samtgrünen Weiden und den weitausholenden Kronen seiner in der feuchten Zerstäubung in formenreicher Leppigkeit sich auslebenden Bäume wie ein großer Park wirkt und verzeihen läßt, daß England immerhin ein Drittel seines Getreidekonsums selbst erzeugt, während ich die vornehme Schönheit dieser Landschaft auf mich wirken ließ, die wie ein Seelenbad wirkt nach deutscher Bedürftigkeit und Lüstigkeit — handelt es sich doch hier im Vorlande Londons meist um Landbesitz, der nicht auf den größtmöglichen Ertrag hin bewirtschaftet wird —, konnte ich zu Zeiten fast vergessen, daß ich mich auf vor kurzem noch feindlichem Boden bewegte. Daß hatte ich gegen dieses Land nie empfinden können, wenn ich auch, der ich durch freundschaftliche Bande seit langem mit England verknüpft war, mehr als mancher andere durch die Kriegsgenegerität im Inneren getroffen war. Ich werde nie die Erschütterung vergessen, mit der ich in Kilm, ohne im Trübel der Mobilisierung die Unausbleiblichkeit jenes Schrittes bedacht zu haben, unversehens die englische Kriegserklärung an einer Straßenecke angelesen fand. Und es sollte nicht lange dauern, bis ich in Flandern dem Engländer gegenüberstand und bei einer erdostenen Frage im Brief eines englischen Mädchens an seinen Schwager las: „Will a few Germans for me?“ (Wolle ein paar Deutsche für mich.) Da waren Schwerter durch die Seele gedrungen. Aber jeder Frontsoldat weiß; je unmittelbarer das Kriegserlebnis war, desto weniger war für ein eigentliches Schicksal. Wenn mirere Leute — wie unheimlich fern scheint das heute alles schon — in weichen Steinen die Zerstörung „Gott strafe England!“ vor ihren Quartieren und Unterständen eintrachten, so war das Spielerei. Und nur weit hinter der Front konnte ein Canon Doyle eine Kampfpagne erkennen mit der Begründung, daß ohne daß dem Kampf der Nachdruck fehle. Noch kein Soldat hat schlechter gekämpft, weil es ihm an Haß fehlte. Uniere Soldaten empfinden instinktiv gleich in den erlen Tagen an der englischen Front die Wutnähe, die Bitterkeit des Gegners. Sie hatten menschlich gegen die schönen und tapferen Burden drüben nichts einzuwenden. Aber sie kämpften deshalb wenn möglich nur erbitterter. Ich habe in England nirgends ein Hehl daraus gemacht, daß ich im Gegenzug zu den meisten geistigen Menschen, die heute den Weg hinüber und herüber finden, nie ein Bagittist war und auch durch den Krieg nicht zum Bagittismus bekehrt wurde, und ich bin darum nicht schlechter gefahren. Ich erinnere mich, daß ich eines Sonntagvormittags vor der Kirche mit einem Organisten bekannt wurde, der im Felde gekandelt hatte. Wir stellten fest, daß wir uns gegeneinander gefandelt hatten, und ich frag ihn, wie ihm der Krieg behagt habe. Die Antwort war: „I have never felt better, and I am looking forward to the next war.“ (Ich habe mich nie wohler gefühlt und warte auf den nächsten Krieg.) Nachdem wir uns auf dieser Basis verständigt hatten, tranken wir Tee zusammen, und beim Abschied schlug er für den Gottesdienst den schönen Choral mit dem Refrain: „May we be one“ (Möchten wir — d. h. die Nationen — eins werden) vor, der denn auch gesungen wurde.

Das ist das Paradox männlicher Geistigkeit, wie es sich auch gerade im Engländerturn ausprägt. Haß kommt aus Schwäche oder Vergiftung der menschlichen Grundmasse. Gott behüte uns vor beidem! Man prüfe die englische Charakteristik, und man wird finden, daß, wo sie einige Qualität hat, sie fast stets giftfrei ist. Sie und da wohl roh, aber ohne eigentliche Bosheit, ohne Haß. Der Journalismus hat — und zu unserer Ehre sei es gesagt: mehr auf der anderen Seite, auch in England, als bei uns — sein Bestes getan, um das Volkempfinden im Kriege zu vergraben. Aber in England ist in dieser Hinsicht seine Wirkung nicht allzu tief gegangen.

Aber dennoch: als ich nun nach meinem ersten traumgleichen Wiedereintritt in die englische Welt meinen Fuß auf englischen Boden setzte, mich vom englischen Leben umspülen ließ, wurde mir unmittelbar und schmerzhaft bewußt, wieviel Blut und Leben zwischen uns und jenen liegt, und daß es jedenfalls mir unmöglich sei, mich mit einem Selbstmordale des Verbitterungswillens über die unerbittliche Tatsache jener Schwerejahre und all ihrer Folgen hinwegzusetzen. Es wurde mir klar, daß man als Deutscher seine Gefühlsmauern nicht verlassen kann, ohne sich Wunden zu holen, daß aber auch keine Ideologie, sondern nur die leidvolle Auseinandersetzung mit einer sehr schonungslosen Wirklichkeit irgend etwas an dem Stand der Dinge ändern kann.

Ein Aufenthalt in England bedeutet — von allen Einzelereisungen abgesehen — ein großes Doppelerlebnis. Zunächst — und das ist nicht das geringste — man sieht Deutschland einmal wieder von außen. Man lernt wieder Abstand nehmen. Man bekommt wieder Maßstäbe. Und sodann: man lebt unter Feinden von gestern. Unter Siegern. In einem intakten Volk. Beides ist schwerer als man denkt.

Aber es wäre wertlos, von einer englischen Reise zu berichten, wollte man nicht auch diese beiden

wichtigsten Tatsachen betonen, selbst auf die Gefahr hin, dabei Unvollkommenes zur Sprache zu bringen.

Ein Geriebener.

Ein Isländer übernahm kontraktlich die Verpflichtung, einen Brunnen zu graben. Als er etwa 25 Fuß gegraben hatte, kam er eines Morgens zur Arbeit und fand, daß der Brunnen eingestürzt und das Bohrloch bis zum Rande mit Erde gefüllt war. Der Isländer schaut sich vorsichtig um, und als er bemerkt, daß niemand in der Nähe, nimmt er seinen Rock und Hut und wirft diese Sachen zwischen die Erdhöhlen, vertritt sich ins nahe Gebüsch und harret der Dinge, die da kommen sollen. — Nicht lange währt es, und Passanten entdecken, daß der Brunnen eingestürzt ist, und da sie die Kleider des Iren sehen, vermuten sie, dieser sei verunglückt und liege auf dem Grunde des Brunnens. — Mehrere Stunden harter Arbeit entsperren sie die Erdhöhlen aus dem Brunnen und man erreicht den Boden desselben. Gerade als man seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß der Körper des Iren nicht zu finden ist, näherte sich dieser den Beuten und dankte ihnen dafür, daß sie ihm die unangenehme Arbeit abgenommen.

Der rechte Reichtum.

Von einem Könige in Frankreich wird erzählt, daß er auf einem Gange durch sein Schloß an der Küche vorbeikommt und dort einen Knaben erblickte, der mit verengtem Gesichte beim Bratenweiden beschäftigt war. Der König trat in die Küche und fing mit dem Knaben, der ihn nicht kannte, ein Gespräch an und fragte ihn, ob er denn mit seiner Voge zufrieden sei. Mit fremdlicher Miene beachte es der Knabe. Der König betrachtete seine arme Kleidung und konnte es fast nicht glauben. „Ja, sag mir, kleiner, was verdienst du denn bei deiner Arbeit?“ Der Knabe sprach: „Ich verdiene grad soviel als der König.“ „Und wieviel verdient der König?“ war die weitere Frage. „Grad soviel, als er braucht“, war die Antwort des Knaben, „und soviel hab' ich auch.“ — Hierin liegt das Geheimnis, wodurch die Armut leicht oder schwer wird. Sie ist leicht, wenn man mit dem, was unsere Not drückt, zufrieden ist; sie ist schwer, wenn man sich immer mehr Bedürfnisse einbildet, als man mit seinen Mitteln zu befriedigen imstande ist.

Brandpfeil.

Im Jahre 1099 war auf dem ersten Kreuzzug Jerusalem erobert worden; zum Zeichen des Sieges hatte man das Kreuz auf der Höhe des Tempels aufgespannt. Nicht ganz hundert Jahre später fiel die heilige Stadt wieder in die Hände der Feinde. Als am 3. Dezember 1187 Saladin seinen Siegeszug in Jerusalem feierte, wurde das vergoldete Kreuz vom Tempel herabgeführt, es ward an Stricken unter Hohngeklächter durch die Straßen gezogen, an den Rassen nach Bagdad geschickt, der es zur Hälfte ein einseitig eingegraben ließ; alle vorübergehenden Mosambeder mühten darauf treten und spucken. — Wenn du dies liest, lieber Leser, und du fühlst in dir etwas Liebe zum hl. Kreuz und die Begierde, den Kreuz zu führen, dann war für dich die Erzählung ein Brandpfeil und das wollte sie sein.

Mehr mit dem Mund als mit dem Kopf.

Der berühmte Jesuitenpater Petrus Roh (* 1872 zu Bonn) war nicht nur ein gelehrter Konzilredner und bedeutender Gottesgelehrter, sondern auch ein feiner Witzbold, der es namentlich verstand, die freien Religionskämpfer mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Ein guter und treffender Witz ist auch meistens der einzige Ausweg, solche verdorbene und unerschämte Menschen sich vom Sause zu schaffen, denn einer Belehrung über das, was sie verspotten, zeigen sie sich in der Regel wenig zugänglich.

Eines schönen Morgens wandelte Pater Roh vor einem Bahnhof auf und ab, um die Ankunft des nächsten Zuges abzumarten. Nachdem einige in derselben Wästel dort weilende „aufgeregte“ Herren ihn eine zeitlang mit ihren giftigen Blicken verfolgt hatten, sagte einer derselben: „Wartet nur, den Woffen will ich etwas argern!“ — Er ging auf Pater Roh zu und fragte ihn mit schmerzhafter Heftigkeit: „Sind Sie wohl, wenn ich fragen darf, ein Jesuit?“

„Ja dienen, mein Herr!“ lautete die Antwort des Befragten.

„Ich habe immer gehört“, fuhr der andere fort, „daß die Jesuiten so geschickte Leute sind; darum werden Sie mir es wohl sagen können, woher es kommt, daß ich noch schwarzes Haupthaar, aber einen weißen Bart habe.“

„Darüber“, erwiderte Pater Roh mit einer zierlichen Verbeugung vor dem faden Schwärzler ziemlich laut, „kann ich Ihnen genaue Auskunft geben: Sie haben Ihr Leben lang mehr mit dem Mund gearbeitet als mit dem Kopf.“

Der nun wirklich Aufgeregte vergaß den Dank für die Belehrung und lehnte wie ein begoffener Pudel zu seinen Gefährten zurück, die ihn abendrennend weidlich auslachten.

Geduld eines Königs.

Als Philipp II., König von Spanien, einst tief in die Nacht hinein gearbeitet und einen langen Brief an den Papst geschrieben hatte, gab er solchen einem Sekretär, daß er ihn zusammenfalte und hegele. Dieser aber, der schlaftrunken war, ergriff statt der Streifenstücke des Liniengases und übergoß den ganzen Brief mit Tinte. Kaum hatte er den Irrtum wahrgenommen, so eilte er sich und gitterte an allen Gliedern. Der König, der dies wahrnahm, sprach, ohne viel zu zürnen, mit vieler Güte zu ihm: „Das Liebel ist nicht ohne Ursache.“ Und somit legte er sich abermals hin und schrieb den noch übrigen Teil der Nacht hindurch an einem zweiten Briefe, ohne seinem Geheimschreiber ein böses Wort zu geben.

Die Schweden 17. August 22 Reichshaushaltigen Mark.

Das Reichsamt mit der Frage zielen Fragen.

Der Berliner betreffenden die Kofelapreiswirtschafflichen

Bei der Entville hielt gekredre, die einundnein enthält.

Der Eindruck gegenüber Streu

In Berlin h für geeignet, e

Die französische nicht aus Prüf don überreicht.

Die Berhandlungen zwisch slowakei sind abhiert.

Der französische Moskau Bespre und Krasin.

Der Leidens 1914, dem Tage wurde, durchg nähern. Er h deutschen Bolle Augen gefiebt

daß der Ruf in strophalen Entf

ist. Ganz Deutlichkeit“, sei es der oder Anleihen:

derung verho

versteht, die da es vielleicht do

diesen Forderun ten sie unter werden können,

es zu begriffen flärt, eine wer

Nach dem bisho

U n l e i b e

Laufzeit betrag

umfang und so

Erbschaftsteuer

Jahren sollen 1

500 Millionen

zwar durch B

Sicherung der

sante Steuertr

und aller deut

Anleihe ist bele

geführt. Die 1

find in Stüden

4

8

21

42

108

210

420

840

1680

3360

6720